

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Kurt Dönhoff 4194/4196



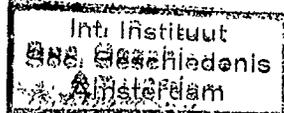
Adresse für Briefe und Schriftstücke:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerei: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten & Straftat
vor dem Reichsgericht, wenn nicht anders verordnet ist. Copyright für beide Teile © Berlin.

Berlin, den 8. Januar 1930

Der Marsch zu Hitler.



SFD. Der famose Reichsausschuss des Herrn Hugenberg hat sein etwas brüchig gewordenes Firmenschild frisch auflackiert. Er will weiterleben um jeden Preis, und so hat er die Männer der ausgeschiedenen grossen Organisationen durch andere Namen ersetzt. Er hat sich ergänzt und zugleich eine Kundgebung erlassen, ganz im Stil der aufgeblasenen Verlautbarungen aus der Zeit vor dem Hugenberg-Begehren.

Herr Hugenberg klammert sich fest an seinen Block. Die Parole "Klein aber rein", die unweigerlich zur Sekte führt, setzt sich immer mehr durch. Der Hugenbergblock ist sehr kräftig kleiner geworden. Die Deutschnationale Volkspartei hat die Christlichsozialen verloren, der Reichsausschuss den Reichslandbund und die christlichnationalen Bauern.

Das Wort "Klein aber rein" dürfte Herr Hugenberg auf den umgestalteten Reichsausschuss jedoch schwerlich anwenden. Beim Wettlauf im Radikalismus bleibt immer der hemmungsloseste um mehrere Nasenlängen voran, und je kleiner und radikaler der Reichsausschuss wird, umso mehr wird die Führung der Nationalsozialisten stabilisiert.

Das Hugenbergsche politische Denken scheint vorwiegend auf das Geistlos-Organisatorische gerichtet zu sein - aber auch dabei ist er nichts weniger als originell. Die Ergänzung des Reichsausschusses durch neue Männer, so durch den deutschnationalen Gutsbesitzer v. Goldacker und den Stahlhelmführer v. Morosowitz, zeigt deutlich, dass die Leitung des Reichsausschusses Wesen und Bestand der noch beteiligten Organisationen nicht respektieren will, dass sie vielmehr von ihnen völlige Unterwerfung verlangt und im andern Falle mit der Sprengung droht. So träumen bekanntlich die Kommunisten von einer Einheitsfront mit Sozialdemokraten, bei denen allmählich die Sozialdemokratische Partei eine Dependence der Kommunistischen Partei werden sollte. Das ist ein organisatorischer Gedanke, der nicht mehr neu ist.

In diesem Sinne hat Herr Hugenberg mit offensichtlicher Spitze gegen den Führer des Reichslandbundes, Herrn Schiele, den Gutsbesitzer von Goldacker in den Reichsausschuss hineingenommen. Seit Jahren kämpfen im Reichslandbund zwei Richtungen miteinander, die Vertreter der agrarischen Interessen und die Anhänger einer radikalen staatsfeindlichen Politik, für die agrarische Interessenvertretung nur das Mittel darstellt, um Dumme einzufangen. Der Reichslandbund ist offiziell ausgeschieden, aber die radikale Richtung hat ihren Verbindungsmann im Reichsausschuss.

Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Stahlhelm. Dort sieht man die Rückwirkungen des Bündnisses mit Hugenberg und den Nationalsozialisten seit langem mit Unbehagen. Der innere Zusammenhalt der Organisation hat beträchtlich gelitten unter der Konkurrenz der Nationalsozialisten, die den Stahlhelm in ihrer bekannten radikalen Phraseologie als Schutztruppe der Reaktion hinstellen, während sie sich als Feinde der Reaktion anpreisen. Die gemässigtere Richtung im Stahlhelm, der auch Herr Seldte zuneigen soll, hat gewünscht, sich aus dem Reichsausschuss herauszulösen. Für diesen Fall hat der Reichsausschuss vorgebaut. Er hat Herrn v.

Morossowitz, den Führer des Stahlhelms in Brandenburg, kooptiert. Dieser Morossowitz ist der Verfasser der bekannten Hassbotschaft von Fürstenwalde, ein Feind der Republik und Putschist von reinstem Wasser, Vertreter des radikalsten putschistischen Flügels im Stahlhelm.

In dieser Zuwahl liegt eine Drohung gegen den Reichslandbund wie gegen den Stahlhelm. Das Schicksal der Deutschnationalen wird ihnen warnend vorgerückt. Wollen sie sich nicht unterwerfen, so droht die Abspaltung der radikalen Elemente.

Rein formell gesehen, könnte es so scheinen, als ob die Blockbildung Hugenbergs auf dem besten Wege sei. Die unzuverlässigen Elemente werden ausgeschieden die radikalen und zuverlässigen herangezogen. Es ergibt sich dabei jedoch eine interessante Tatsache: zu diesem Block gehört eine Parteiorganisation, die nicht gespalten werden soll, die Organisation der Nationalsozialisten. Sie stellt also den Kristallisationspunkt dar, um den sich die radikalen Teile der Organisationen gruppieren, die am Hugenbergbegehren teilgenommen haben. So wird es immer falscher, vom Hugenbergblock zu sprechen. Es ist in Wahrheit der Block des Herrn Hitler, und Hugenberg ist teils sein Gefangener, teils sein Zutreiber.

Man sieht diese Entwicklung selbstverständlich ebenso bei den Deutschnationalen wie im Reichslandbund, wie im Stahlhelm, und es ist leicht möglich, dass in diesen Organisationen sich in der nächsten Zeit Entwicklungen vollziehen, die dem famosen Reichsausschuss nicht angenehm sein werden. Der Bundesvorstand des Stahlhelm ist zum 11. Januar nach Magdeburg berufen, um zur Haltung des Stahlhelms gegenüber dem Reichsausschuss Stellung zu nehmen.

Was aber ist die politische Absicht des Reichsausschusses, nach dem Volksbegehren und Volksentscheid vorbei sind? Nun, sehr einfach: die nationalsozialistische Hetzpolitik auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die Verlautbarung des Reichsausschusses deutet an, dass gegen den "Blutterror der Linken besondere Massnahmen" beschlossen worden seien. Das ist ein sehr interessanter Satz, dem man die Inspiration durch die Hakenkreuzleute sofort ansieht. Man muss vermuten, dass der Reichsausschuss nun von sich aus eine Art von Sturmabteilung nach Hitlerschem Muster organisieren will, dass er sich künftighin als Spitze von Privatkriegsorganisationen gebärden will.

Ein ernsthafter politischer Faktor, dessen Stimme bei der Bestimmung der Richtung der deutschen Politik ernstlich mit in die Wagschale fiel, ist der Reichsausschuss nicht. Er hat in einem Schreiben an den Reichskanzler die Verkündung des Hugenbergschen Zuchthausgesetzes gefordert, da es angeblich angenommen worden sei. Das ist so dumm, dass den Autoren dieses Briefes bei aller Berücksichtigung ihrer politischen Zurückgebliebenheit niemand den guten Glauben zubilligen wird. Niemand wird das ernst nehmen, nicht einmal mehr die Chauvinisten jenseits der Grenze. Damit kann man schliesslich nur noch auf die unreifen jungen Bürschchen wirken, die das Gros der Hitleranhänger ausmachen. Damit ist eigentlich schon gesagt, was der Reichsausschuss in Zukunft sein wird: eine Dependence der Hitlerbewegung in Norddeutschland.

SPD. Paris, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die internen Beratungen, die von der französischen Delegation am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz Tardieus abgehalten wurden, haben, wie ein Havas-Kommuniqué mitteilt, in erster Linie der Lanktionsfrage gegolten. Die französische Delegation soll sich, wie Havas weiter mitteilt, im Verlaufe ihrer Sitzung einen der wichtigsten Punkte der deutschen These zu eigen gemacht haben.

Frankreich hatte zunächst vorgeschlagen, dass anstelle der Reparationskommission, die mit der Annahme des Youngplanes zu existieren aufhört, künftig im Falle einer deutschen Zahlungseinstellung eine besondere Kommission darüber entscheiden soll, ob Deutschland dazu auch nach den Schutzbestimmungen des Youngplanes berechtigt ist, oder ob es sich um eine schuldhafte Verletzung der von ihm übernommenen Verpflichtungen handelt. Deutschland hat gegen die Schaffung einer neuen Instanz protestiert und geltend gemacht, dass für Entscheidungen dieser Art nur das ordnen

liche Verfahren vor dem permanenten Haager Schiedsgericht in Frage komme. Die französische Delegation hat sich diesem Standpunkt am Mittwoch angeschlossen, sodass die Frage als praktisch gelöst betrachtet werden kann. Für den Fall einer böswilligen Zahlungsverweigerung jedoch, d.h. wenn der Haager Gerichtshof die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellt und dieses trotzdem sich weigern sollte, Zahlungen vorzunehmen, soll nach dem französischen Standpunkt nicht mehr der Youngplan gelten, sondern der Friedensvertrag mit allen einschlägigen Sanktionsklauseln wieder in Kraft treten.

wenn es am Dienstag nachmittag trotz der an sich zweifellos vorhandenen Bereitschaft Frankreichs zur Verständigung zu einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung zwischen Tardieu, dem auch Snowden beipflichtete, und der deutschen Delegation kam, so schreibt man dies in den hiesigen politischen Kreisen weit weniger der technischen Schwierigkeit der Moratoriumsfrage zu, als vielmehr den psychologischen Hintergründen, die die deutsche Delegation im Haag in eine ziemlich schiefe Situation gebracht haben. Deutschland müsse begreifen, dass bei aller Anerkennung des guten Willens von Persönlichkeiten, wie es Curtius und Wirth sind, die innenpolitischen Quertreibereien der Schacht, Hugenber und Genossen das Vertrauen in die deutsche Erfüllungsbereitschaft in schwerster Weise erschüttern mussten, und da es sich eben um die Frage handele, was zu geschehen habe, wenn Deutschland gegen die im Youngplan vorgesehene Prozedur verstosse, sei es nicht weiter zu verwundern, dass der technische Streit Gefahr laufe, in eine Krise des Vertrauens hinüberzuspielen. Wenn selbst so hoch gestellte Persönlichkeiten wie der Präsident der Deutschen Reichsbank, der einen weitgehenden direkten Einfluss auf die deutschen Leistungen habe, den Youngplan mit allen Mitteln zu sabotieren trachten, sei es vom Standpunkt der Gläubiger Deutschlands durchaus begreiflich, dass sie schärfere Vorsichtsmassnahmen zu ergreifen versuchten als es sonst der Fall wäre.

SPD. Köln, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

In der letzten Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde der kommunistische Stadtverordnete Etzkorn wegen ungebührlichen Betragens für zehn Sitzungen ausgeschlossen. Auf Veranlassung des hiesigen Diktators der KPD hat Etzkorn nunmehr sein Mandat niederlegen müssen. Ob wegen des ungebührlichen Betragens oder wegen anderer Dinge ist nicht bekannt.

SPD. Genf, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Neuseelands hat als Mandatarmacht Samoas dem Völkerbundsekretär telegraphisch eine Darstellung der Dezemberunruhen in der Hauptstadt Samoas zugeleitet.

In dem Telegramm heisst es, dass am 28. Dezember in Apia Unruhen ausbrachen, an denen sich ca. 2000 Eingeborene beteiligten, die zur Stadt gekommen waren, um zweizurückgekehrte Deportierte zu feiern. Die Polizei versuchte, einige Personen des Demonstrationszuges, gegen die ein Haftbefehl vorlag, zu verhaften. Darauf griffen die Eingeborenen die nur mit Gummiknüppeln bewaffneten Polizisten an, sodass revolverbewaffnete Verstärkungen geholt werden mussten. Es gelang der Polizeiverstärkung, die angegriffenen Polizisten bis auf einen europäischen Beamten, der mit einer Hacke totgeschlagen wurde, zu befreien. Vor der Uebermacht zog sich die Polizei - deren Stärke in dem Telegramm nicht angegeben wird - zur Polizeiwache zurück, wo sie sich die nachfolgende Menge mit Maschinen gewehrsalven in die Luft vom Leibe hielt. Die Eingeborenen flüchteten schliesslich nach Zerstörung der Telefonlinien der Stadt. Die Polizei hatte einen Toten und sechs Verwundete. Die Eingeborenen hinterliessen acht Tote, darunter ihren Führer, und zwölf Verwundete. Inzwischen sei die Ruhe in Samoa wieder völlig hergestellt.

SPD. München, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Das völlig unzulängliche Dementi des Reichspostministeriums auf die Veröffentlichungen der "Frankfurter Zeitung" ging mit keinem Wort auf die von moralischer Korruption zeugenden Zustände bei der Oberpostdirektion Augsburg ein.

Der einzige, der jahrelang gegen diese Zustände Front machte, in deren Mittelpunkt der Günstling der Bayerischen Volkspartei, Postamtman und jetziger Postdirektor Mayer stand, war der Präsidenten-Stellvertreter Oberregierungsrat Schweyer. Sein Kampf gegen die Übergriffe des Freundes der Minister Stingl und Schätzel war vollkommen fruchtlos. Keiner der Minister der Bayerischen Volkspartei reagierte, sie arbeiteten vielmehr mit Zuträgern und Verleumdern zusammen und versetzten schliesslich kurzerhand den unbequemen Oberregierungsrat. Dem von dem geschädigten Oberregierungsrat gegen sich selbst beantragten Disziplinarverfahren wurde trotz wiederholten Ersuchens nicht statt gegeben, und auch das Zuträger- und Verleumderverhältnis des Oberregierungsrats Hammer, über das die Oberpostdirektion Augsburg und der Reichspostminister eingehend unterrichtet worden waren, wurde nicht untersucht, Hammer vielmehr für seine Verdienste anstelle des versetzten Dr. Schweyer zum Präsidenten-Stellvertreter befördert. Dieser Hammer reagierte aber auch nicht auf die gegen ihn persönlich erhobenen Vorwürfe, er suchte sich weder in einem Disziplinarverfahren, noch in einem ordentlichen Gerichtsverfahren zu verteidigen, wozu er wiederholt aufgefordert wurde. Die Oberpostdirektion Augsburg, die von sämtlichen Vorwürfen gegen ihren jetzigen Präsidenten-Stellvertreter offiziell in Kenntnis gesetzt wurde, sah sich zweifellos im Benehmen mit der Abteilung München des Reichspostministeriums wiederum nicht veranlasst, als zuständige Behörde zum Schutze ihres zweiten Beamten die nötigen Schritte zu tun.

Alle diese Dinge sind der Beamtenschaft der Oberpostdirektion Augsburg sehr wohl bekannt. Sie befindet sich darüber in begreiflicher Misstimmung und zwar vor allem, weil die Minister der Bayerischen Volkspartei den gegen sie erhobenen Vorwurf des Missbrauchs der Amtsgewalt und der Zusammenarbeit mit Zuträgern und Verleumdern schon so lange Zeit auf sich sitzen lassen.

SPD. Auch am dritten Tag des Tscherwonzen-Prozesses ist nicht klar erkennbar, ob dieser Prozess als kriminalistische Sache oder als politische Angelegenheit aufgezo-gen werden soll. Für jeden einigermaßen aufmerksamen Beobachter ist es klar, dass die kriminalistische Beurteilung hinter die politische als beinahe nebensächlich zurücktritt. Indessen scheint das preussische Kammergericht anderer Meinung zu sein. Es hat seinerzeit den Haftentlassungsantrag des Angeklagten Sadathieraschwili abgelehnt mit der Begründung, dass die Amnestie von 1928 auf ihn keine Anwendung finden könne. Der junge Georgier war von dem Münchener Gericht aus der Untersuchungshaft entlassen worden, dann wieder eingesperrt und wiederum freigelassen worden. Die Strafkammer hatte ausdrücklich festgestellt, dass weder Fluchtverdacht noch Verdunklungsgefahr vorliege.

Der Einspruch gegen diese zweite Haftentlassung ist auf Betreiben des Auswärtigen Amtes erfolgt. Um aber ganz sicher zu gehen, hatte man auf dem Verwaltungswege eine sogenannte "Ausweisungshaft" verfügt. Die von dem Kammergericht geforderte Kautio-n von 5 000 Mark konnte von dem gänzlich mittellosen Sadathieraschwili nicht aufgebracht werden. So wurde er 27 Monate in Haft gehalten. Dieses Verfahren ist umso sinnloser, als gerade der Georgier Gelegenheit gehabt hätte, sich in München seiner ersten Verhaftung zu entziehen und die Verdunklungsgefahr bei den deutschen Mitangeklagten, die über zwei Jahre Zeit hatten, sich mit ihren politischen Gesinnungsgenossen und Hintermännern zu beraten, weit grösser war. Abgesehen davon, dass die Dauerhaft gegen Sadathieraschwili eine unnötige Härte bedeutet, ist sie ein grober politischer.

Fehler. Die Verteidigung gründet darauf den Vorwurf der Liebedienerei des Justizministeriums gegenüber der Sowjetbotschaft und die kommunistische Presse beanstandet die Ausnahmeverhandlung, die man den weit gefährlicheren deutschen Hakenkreuzlern hat zuteil werden lassen.

Die Vernehmung der Angeklagten Dr. Becker und Böhne trat am 3. Verhandlungstag weniger in den Vordergrund. Beide scheinen harmloser und weniger aktiv gewesen zu sein als Dr. Weber, der Berater des Generals Hoffmann vor der Londoner Konferenz. Becker hat, in der Inflationszeit geschäftlich ruiniert, bei Maffei in München einen Posten als Ingenieur angenommen und dort seinen Kollegen Bell kennengelernt, dem "die Interessen des Deutschtums an die Seele gewachsen waren". 1919 will Becker zwar noch Demokrat gewesen und seither politisch nicht mehr hervorgetreten sein. Er begeisterte sich trotzdem für die kühnen georgischen Befreiungspläne und verschaffte Bell durch die ihm bekannten Finanzleute Thyrala und Wurbach eine Summe von 15 000 Mark, mit denen sein Freund in den Kaukasus abdampfte.

Als sie dann nichts mehr von dem "Abgereisten" hörten, bekamen sie es mit der Angst. Becker und Thyrala hatten für Bell Bürgschaft geleistet. Nun hielten sie sich - weil auch der glühendste Nationalidealismus seine Grenzen hat - an Sadathieraschwili, der Becker in einem verschlossenen Umschlag 1000 Tscherwonzen als Sicherheit übergab. Keiner will den geringsten Zweifel an der Echtheit dieser Noten gehabt haben, die angeblich auf illegalem Wege aus der Sowjetbotschaft herausgeschmuggelt waren. Diese 1000 Tscherwonzen, die einen Wert von 20 000 Mark gehabt hätten, wurden auf einem Bankhaus hinterlegt. Becker bat um weiteres russisches Geld, mit dem er seine Reise hinter Bell her finanzieren wollte und erhielt zum Zweck der Lombardierung von dem Georgier nochmals 518 Tscherwonzen. In München wollte niemand auf die Banknoten anbeissen; deshalb versuchte Becker es in Berlin. Hier habe niemand die Echtheit angezweifelt, auch nicht die "Garantiebank des Ostens". Ein Geldmann namens Panik bot sich an, 398 Tscherwonzen für 4 218 Mark zu kaufen, nachdem die Angebote für die Lombardierung zu niedrig ausgefallen waren und gab 2 000 Mark als Anzahlung. Dann erfolgte, noch ehe die Reise in den Kaukasus angetreten werden konnte, die Verhaftung Beckers.

Von erfrischender, wenn auch unfreiwilliger Komik war sodann die Vernehmung Böhles. Er bezeichnete sich selber, ein schwächtiges, aufgeregtes und wichtigtuerisches Männchen, als ein "Streber, der in der Welt voran kommen wollte". Vor dem Krieg war er in der französischen Schweiz und an der Riviera als Konfektionär tätig, einmal auch in Nordafrika. Dann während des Krieges Propagandist für die deutsche Sache in Lausanne und gänzlich zu Unrecht als Spion verschrien. Er stellte sich gegen Ende des Krieges in Wiesbaden, hatte aber kaum mehr Gelegenheit für Betätigung seines militärischen Ehrgeizes. Er machte in Frankfurt/M einen Buchladen auf, um "das Volk beim deutschen Glauben zu lassen", was ihm aber von den Kommunisten mit Plünderung seines Geschäftes quittiert wurde. Schliesslich blieb ihm nur noch so viel, dass er sich davon "vier Pfund Schmalz kaufen konnte".

Da kam eines schönen Tages Sadathieraschwili zu ihm und begeisterte ihn für eine deutsche Volksausgabe eines Buches von Awerloff. Ausserdem hat er ihn um die Erlaubnis, 20 000 Kisten in seinem Keller unterzustellen. Was sich darin befand, will Böhle nicht gewusst haben, obwohl er nachher die Herren, die sich "Schwarz" und "Müller" nannten, - es waren Sadathieraschwili und der Buchdrucker Schneider aus München - zu zwei Photographen führte, die das Wasserzeichen der Banknoten aufnehmen sollten und obwohl er 300 Mark dafür bekam, dass er die beiden mit dem Buchdruckereibesitzer Schmidt bekannt machte, wo sie dann lustig Tscherwonzen druckten. Beide Georgier leugnen entschieden, diesen Konfusionsrat, den sie lediglich als Faktotum betrachteten, jemals ins Vertrauen gezogen zu haben.

Der dritte Verhandlungstag endet schliesslich mit dem Beschluss der Haftentlassung Sadathieraschwilis, die durch die Herabsetzung der Kaution von 5 000 auf 2 000 Mark ermöglicht wurde. Der Beschluss wurde mit lautem Beifall aufgenommen.

SPD. Brüssel, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Vertreter des Brüsseler "Peuple" im Haag hatte mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober am Mittwoch ein Gespräch, das sich namentlich auch auf die innere politische Lage in Österreich erstreckte. Der Redakteur des "Peuple" berichtet darüber folgendes:

Ich stellte dem Kanzler die Frage, ob er nicht glaube, dass die schlechte Wirtschafts- und Finanzlage Österreichs, die Herr Schober in den schwärzesten Farben malt, wesentlich verbessert werden könnte, wenn die illegalen militärischen Organisationen, die den inneren Frieden des Landes stören, aufgelöst würden. Der Kanzler schien diese Frage für etwas verfänglich zu halten in dem Sinne, dass er offenbar fürchtete, diese Wendung des Gesprächs könnte ihn in gewisser Masse zur Anerkennung des Rechts des Auslandes verleiten, sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs einzumischen. Er antwortete deshalb nicht ohne Geschick, er glaube nicht, dass die Frage der Heimwehren und des Schutzbundes einen wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes ausübe. Aber nach dieser Abwehr machte er keinen weiteren Versuch, der Frage auszuweichen und ausserte sich ziemlich freimütig über die innere Lage Österreichs. Seiner Ansicht nach wird die Gefahr der Militärverbände vielfach überschätzt. "Ich bin - sagte er - der Ansicht, dass das legale Heer die einzige Militärmacht des Landes sein muss, aber wir haben es mit einer Lage zu tun, die durch die früheren Zustände geschaffen ist. Und ich glaube nicht, dass es nötig oder gar nützlich wäre, die Dinge zu brüskieren."

Die Revision der Verfassung, die, wie Schober wiederholt betont, auf einstimmigen Beschluss der Parteien und des Parlaments erfolgt ist, habe die Lage vollständig verändert. Die Militärverbände hätten sehr viel von ihrer Bedeutung verloren und man könne sagen, dass einer derselben, d.h. die Heimwehren, sich in voller Krise befinden. Die Taktik Schobers geht dahin, diese Verbände nicht durch Regierungszwang zu entwaffnen oder aufzulösen, sondern erst abzuwarten, bis die neue Lage sich vollständig ausgewirkt hat. Das, meint er, genüge. Inzwischen werde die Regierung jede provokatorische Demonstration der Verbände verhindern. Auch das werde, meint Schober, die Wirkung haben, dass viele Mitglieder aus den Militärverbänden austreten. Nachher werde man sehen, ob es wirklich notwendig sei, noch energischere Massnahmen zu ergreifen.

Ich machte den Kanzler darauf aufmerksam, dass sein Optimismus nicht von jedermann geteilt wird und dass es auch in Österreich einflussreiche Männer gibt, die den Heimwehren als militärischen und politischen Machtfaktor eine weit grössere Bedeutung beimessen. Ich verwies insbesondere auf die Offensive, die der frühere Kanzler Seipel erst neuerdings wieder unternommen hat. Darauf gab mir Herr Schober eine recht interessante und charakteristische Antwort, die er mich aber bat, nicht zu veröffentlichen. Ich glaube jedoch sagen zu dürfen, dass der gegenwärtige Kanzler den Einfluss Seipels für nicht sehr gross und nicht sehr gefährlich zu halten scheint. Er scheint sogar der Ansicht zu sein, dass dieser Einfluss im Abnehmen begriffen ist und weiter abnehmen wird.

Der Gesamteindruck, den ich aus dem Gespräch gewonnen habe, lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Herr Schober hält offenbar seine Stellung als Kanzler für sehr stark. Seine Beziehungen zu Seipel scheinen ausgesprochen schlecht zu sein. Er betrachtet den früheren Kanzler als seinen Rivalen und Gegner und er scheint entschlossen zu sein, ebenfalls den Kampf mit ihm aufzunehmen, und darin liegt vielleicht die beste Gewähr für den inneren Frieden Österreichs.

SPD. Vor mehreren Wochen meldeten wir, dass die deutschnationale Volkspartei Danzigs bei den letzten Gemeindewahlen im Freistaat Danzig mit den Polen Listenverbindungen eingegangen ist. Jetzt, fast 4 Wochen nach Veröffentlichung unserer Nachricht, meldet sich nach der deutschnationalen Pressestelle in Berlin auch der Landesverband Danzig der deutschnationalen Volkspartei mit einer Berichtigung und zwar auf Grund des § 11 des Pressegesetzes, in der es u.a. heisst :

"Wahr ist vielmehr, dass in keinem einzigen Falle bei diesen Wahlen deutschnationale Listen sich mit polnischen Listen verbunden haben."

Diese dreiste Behauptung stellt der Landesverband Danzig der deutschnationalen Volkspartei unter gleichzeitigem Hinweis auf eine Erklärung des polnischen Volkstagsabgeordneten Dr. Moczynski im Danziger Volkstag auf, in der in Wirklichkeit ausdrücklich zugegeben wird, dass in Rosenberg die deutschnationale und polnische Liste verbunden waren. Der in Form einer "Berichtigung" versuchte Schwindel der deutschnationalen Partei ist also doppelter Art: Einmal indem sie eine nicht von der Hand zu weisende Tatsache dreist bestreitet und sich zweitens zum Beweis ihrer Behauptung auf einen Polen als Kronzeugen beruft, der von der Tribüne des Danziger Volkstags schon vor Wochen die behauptete Listenverbindung zugegeben hat. Moczynski fügte seiner Feststellung seinerzeit hinzu, dass er sich dieser Listenverbindung schäme. Ähnliches hat man von den Danziger Deutschnationalen niemals gehört. Sie schämen sich nicht nur nicht. Nein, sie besitzen sogar noch die Kühnheit, den einwandfrei erwiesenen Mangel an Takt zu bestreiten und auf schwindelhafte Weise aus der Welt zu schaffen. Echt deutschnational im Sinne Hugenberg's!

SPD.Harburg-Wilhelmsburg, 8.Jan. (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch begann vor der Grossen Strafkammer des Landgerichts Stade die Berufsverhandlung im Teutoniaprozess. Im ersten Prozess, der im April und Mai 1929 stattfand, war u.a. der ehemalige Generaldirektor Tychsen wegen einfachen Bankrotts zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil erregte damals grosses Aufsehen. Die Verhandlungen zeigten die Gefahren der Generaldirektorendiktatur. Tychsen herrschte bei der Teutonia souverän und herrschte das an sich gut fundierte Unternehmen mit der Zeit zugrunde.

Die im ersten Teutoniaprozess Verurteilten und der Staatsanwalt haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Man wird in dem gegenwärtigen Prozess den tatsächlichen Vorgängen, die zum Zusammenbruch der Teutonia führten, näher kommen müssen. In diesem Zusammenhang wird folgendes interessieren: Im Laufe der Voruntersuchung gegen den Generaldirektor der Teutonia Tychsen, sickerte durch, dass durch unberechtigte Transferierung von Vermögenswerten (sprich Verschiebung) der Teutonia an ihre Muttergesellschaft, der dänischen Aarhus-Olie, die Teutonia so geschwächt worden sei, dass sie dem Wettbewerb in Deutschland nicht mehr gewachsen war. Auch der Gläubigerausschuss der Teutonia kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, dass beträchtliche Vermögensverschiebungen zu Gunsten der Muttergesellschaft in Aarhus stattgefunden haben müssen und reichte bei dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Aarhus-Olie Ende November 1928 eine vorläufige Schadenersatzrechnung in Höhe von 3 Millionen Mark ein. Kurz vor dem ersten Prozess sollen in geheimen Besprechungen Vergleichsversuche angebahnt worden sein. Der Verteidiger Tychsens erklärte allerdings im ersten Teutoniaprozess, dass keine Verhandlungen schwebten und Aarhus an Teutonia keinen Pfennig zahlen werde. Inzwischen hatten aber die Prüfungen bei der Teutonia den Gläubigerausschuss veranlasst, seinen Anspruch an Aarhus von 3 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Als der Gläubigerausschuss mit den Gerichten drohte, entschloss sich Aarhus-Olie, die anfänglich keinen Pfennig zahlen wollte, zu einer Anerkennung der Schuld in Höhe von 1 1/4 Millionen Mark. Davon sind in diesen Tagen 500 000 Mark in bar ge-

zahlt worden. Darin liegt ein Zugeständnis der Aarhus-Olie, dass die dem Generaldirektor Tychsen vorgeworfene Vermögensverschiebung tatsächlich vorgekommen ist und zwar soll es sich um einen Betrag von 4 Millionen Mark handeln.

Hier liegt der Schwerpunkt des ganzen Prozesses. Die Verfehlungen Tychsens beweisen die Nichtigkeit der gegenwärtigen Kontrolle bei unseren Aktiengesellschaften und sind eine dringende Mahnung, die Kontrolle über unsere Erwerbsgesellschaften unter Hinzuziehung der Arbeiter- und Angestelltenschaft schleunigst auszubauen.

SPD. Gummersbach, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Frau des Chefarztes des städtischen Krankenhauses in Berg-Neustadt bei Gummersbach besass seit Weihnachten einen Papagei. In den letzten Tagen traten bei der Frau sonderbare Krankheitserscheinungen auf, die schliesslich zum Tode führten. Die ärztliche Untersuchung ergab, dass die Frau an der Papageien-Krankheit gestorben ist.

SPD. Budapest, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Sonderkorrespondent des "Pesti Hirnap" im Haag teilt mit, dass Italien auf seinen Anteil an den Ostreparationen verzichten wolle, damit die ungarischen Optanten entschädigt werden könnten. Dadurch würden die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente zweifellos erleichtert.

SPD. Genf, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kohlenkonferenz beendete am Mittwoch ihre allgemeine Aussprache. Die am Vormittag geführte Diskussion über die Löhne endete damit, dass man die Leitung der Konferenz beauftragte, von dem Arbeitsamt in Form einer Entschliessung einen eingehenden Bericht über die Lohnfrage für die Arbeitskonferenz im Juni zu fordern. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen soll die Leitung der Konferenz verschiedene in der Debatte vorgebrachte Forderungen ebenfalls in die Form von Entschliessungen kleiden.

Es handelt sich bei diesen Forderungen vor allen Dingen um solche, die im Namen der Arbeitnehmergruppe von Schmidt-Bochum vorgebracht wurden. Dieser forderte eine Angleichung der Sozialversicherung, eine internationale gesetzliche Festlegung von bezahltem Urlaub, eine Verpflichtung der Staaten, bei der Arbeitsaufsicht Arbeitnehmer massgebend zu beteiligen. Schmidt, wie der deutsche Regierungsvertreter wiesen wiederholt darauf hin, dass die Zeit reif sei, um ein internationales Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren unter Tage zu erlassen. Schmidt, sowie der französische Arbeitnehmer verwiesen auch auf die besonders verhängnisvolle Rolle der Berufskrankheiten im Bergbau und verlangten, dass die verheerenden Wirkungen dieser Berufskrankheiten international als Unfall anerkannt und behandelt würden.

Dieser Ausgang der allgemeinen Aussprache bestätigt, dass sich die Arbeit der Mehrheit der Kommission auf die Verfertigung eines Entwurfes für ein internationales Arbeitszeitabkommen konzentrieren wird. Die weitergehenden Wünsche Englands sowie der Arbeitnehmer in der Lohnfrage und die Wünsche der Arbeitnehmergruppen in bezug auf die Frage des Urlaubs, die Arbeitsaufsicht uws. werden auf dieser Konferenz keine unmittelbare Erfüllung finden. Die Mehrzahl der Regierungen glaubte den Widerstand der Arbeitgeber und einer Minderheit von Regierungen, unter der Führung Polens gegen jedes praktische Arbeiten nur dadurch überwinden zu können, dass sie sich auf die Arbeitszeit konzentrieren, während man sich bei den anderen Fragen darauf beschränkt, sie in

der Schwebel zu halten, um später auf sie zurückzukommen.

Die Konferenz tritt am Donnerstag als Kommission in ihrer Gesamtheit in die Einzelberatung des Arbeitszeitentwurfes ein. Die Arbeitnehmergruppe wählte den Franzosen Vigne zu ihrem Vorsitzenden und Dr. Berger-Bochum zu ihrem Sekretär. In das Büro der Gruppe wurde ferner der englische Bergarbeiter Cook und der Vertreter der christlichen Gewerkschaften Buggenhout gewählt.

SPD. Wien, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Der frühere Bundeskanzler Seipel, der inzwischen die Führung der Christlichsozialen Partei wieder übernommen hat, forderte am Mittwoch vor dem Vorstand der Christlichsozialen Partei die verfassungsmässige Einrichtung eines Ständerates. Dieser Rat soll den Namen "Wirtschaftskammer" führen und alle wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten bzw. wirtschaftliche Gesetze zu beschliessen haben, während der Nationalrat nur für die politischen Angelegenheiten und politischen Gesetze zuständig sein soll. Die von dem Nationalrat beschlossenen politischen Gesetze sollen jedoch andererseits ebenfalls nur in Kraft treten nach Zustimmung durch die Wirtschaftskammer. Die von der Wirtschaftskammer beschlossenen wirtschaftlichen Gesetze sollen wiederum vom Nationalrat nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden können. Schliesslich wünscht Seipel einen Staatsrat, der aus einem Kollegium der Landeshauptleute gebildet werden soll und dem jedes Bundesgesetz vor der Inkraftsetzung vorzulegen ist.

Ein Wiener christlichsoziales Blatt stellt dazu fest, dass in der Debatte über diesen Vorschlag ernste Bedenken gegen dessen sofortige Verwirklichung erhoben wurden. Ein anderes Blatt bezeichnet Seipels Vorstoss als einen Generalangriff auf Schober und das Parlament.

SPD. Warschau, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Eine ungewöhnliche Missgeburt kam in Lodz zur Welt. Eine vollkommen normale Mutter gebar ein Kind mit zwei Köpfen. Der eine Kopf ist noch einmal so gross wie der andere. Eine Operation ist nicht möglich, da sich in beiden Köpfen Gehirne befinden.

+ + +
Wie wir hören, wird die Hugenberg-Fraktion das Kind adoptieren, weil es in ihr an Köpfen mangelt.

SPD. London, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Am 23. Oktober 1929 wurde in einem Hotelzimmer in Margate die 63 jährige Witwe Rosalinde Fox tot aufgefunden. Das Hotelzimmer war bei der Entdeckung der Leiche voll Rauch, sodass ursprünglich Verbrennungstod angenommen wurde. Da sich später im Zusammenhang mit der Einlösung einer Versicherungspolice gewisse Verdachtsmomente einstellten, wurde die Leiche ausgegraben, wobei von ärztlicher Seite festgestellt wurde, dass der Tod bereits vor dem Ausbruch des Feuers erfolgt ist. Die Polizei hat inzwischen drei Monate lang an der Lösung des Rätsels gearbeitet und vor kurzem den 30 jährigen Sohn der Verstorbenen, Harry Fox, wegen Betrug festgenommen. Wie verlautet, wird Harry Fox wegen Mordes an seiner Mutter unter Anklage gestellt werden.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags machte Landwirtschaftsminister Dr. Steiger am Mittwoch nachstehende Ausführungen über den Gutsverkauf des Prinzen zur Lippe:

"Das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat in den Jahren 1926 bis 1929 dauernd geprüft, ob es möglich ist, die Herrschaft Woynowo im ganzen oder teilweise für die Forst- oder Domänenabteilung zu verwenden oder sie auch landwirtschaftlich zu besiedeln. Es haben mit verschiedenen Siedlungsunternehmungen Verhandlungen wegen Ankaufs der Herrschaft stattgefunden. Alle Bemühungen, Woynowo zu erhalten, sind jedoch an den Preisen und an der Bodenbeschaffenheit des Objekts gescheitert. Soweit landwirtschaftlich genutzte Flächen in Frage kommen, handelt es sich um geringwertigen Boden, der überwiegend in die Katasterklassen 6 und 7 geschätzt ist. Bisher ist immer die Politik verfolgt worden, dass für den Erwerb von Siedlungsgütern nur Preise angelegt werden, bei denen es noch möglich ist, die aus dem Gute zu schaffenden neuen Siedlungen wirtschaftlich zu gestalten. Eine Abweichung von diesem Grundsatz, wie gesagt, wäre wegen ihrer Rückwirkungen auf die Ankaufspolitik der Siedlungsunternehmungen nicht zu verantworten gewesen.

Der Eigentümer hat darauf Teile des Gutes an Landwirte aus den Dörfern Kramzig und Neu-Kramzig verkauft, die ihre eigenen kleineren Wirtschaften vergrößern wollten. Den Kaufverträgen darf schon aus ernährungswirtschaftlichen Erwägungen die gesetzliche Genehmigung nicht verweigert werden. Denn nach den Berichten der zuständigen Behörden der Provinz handelt es sich bei den Erwerbern um fleissige und tüchtige Landwirte, die fraglos aus dem Boden mehr Erträge herauswirtschaften werden, als dies bisher dem Gutsbesitzer möglich war.

Von unangemessen hohen Preisen (in der Presse wird von 4 bis 5fachen Ueberpreisen geredet), die die Käufer bezahlt haben sollen, kann keine Rede sein. Die Preise halten sich vielmehr durchaus im Rahmen dessen, was bei einer Anliegersiedlung für einen Erwerber wirtschaftlich tragbar ist. Nach einer Mitteilung des Landrats haben die Käufer in der Regel für den Morgen 190 bis 200 *M*, vereinzelt, wo es sich um besseren Boden oder um Flächen in guter Lage handelt, auch bis 260 *M* gezahlt. Für Kahlschlag sind 60 *M* je Morgen bezahlt worden. Es besteht daher keine Veranlassung, auf Grund der Verordnung vom 15. März 1918 vorzugehen.

Was die nationalpolitische Seite der Angelegenheit betrifft, so handelt es sich bei den Erwerbern um fleissige deutsche Staatsbürger, die sich zwar überwiegend der polnischen Sprache bedienen, bislang aber in keiner Weise gegen die staatlichen Vorschriften verstossen haben und deren Benachteiligung daher in den Gesetzen keine Stütze findet. Die gegen die Staatsregierung erhobenen Vorwürfe sind in jeder Beziehung unberechtigt. "

SPD. Kairo, 8. Januar (Eig. Drahtber.)

In Abu Sueir (Aegypten) sind zwei Flugzeuge der dortigen britischen Militärfliegerschule zusammengestossen. Vier Personen fanden den Tod.

SPD. Köln, 8. Januar (Eig. Drahtber.)

Die grosse Sporthalle in Köln, die "Rheinland-Halle", die etwa 8 000 Besucher fasst, hat ihre Zahlungen eingestellt. Fast sämtliche Veranstaltungen in dieser Halle haben mit einem Defizit abgeschlossen.

SPD. Das Wahlprüfungsgericht beim Preussischen Landtag befasste sich am Mittwoch mit der Anfechtungsklage mehrerer Splitterparteien gegen die Gültigkeit der letzten preussischen Landtagswahlen. Das Wahlprüfungsgericht verkündete nach eingehenden Verhandlungen folgende Entscheidung :

"Die am 20. Mai 1928 auf die Landeswahlvorschläge erfolgten Wahlen zum Preussischen Landtag und die auf sie erfolgte Zuteilung von Abgeordneten-sitzen sind gültig."

Eine Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts im Sinne der Antragsteller hätte u. a. bedeutet, dass 17 weitere Abgeordnete der Splitterparteien in den Preussischen Landtag eingezogen wären.

Aus der Begründung der Entscheidung ist folgendes hervorzuheben: Das Wahlprüfungsgericht musste sich in erster Linie mit den Argumenten auseinandersetzen, die der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in seinen verschiedenen Urteilen, zuletzt im Fall Württemberg, über den Begriff des freien Wahlrechts im Art. 17 der Reichsverfassung gebraucht hat. Das Wahlprüfungsgericht bezeichnet es von vornherein als zweifelhaft, ob diese Auslegung an sich richtig sei. Gleiches Recht bedeutet hier das gleiche Recht des Wählers im Gegensatz zu dem Plural und Klassenwahlrecht und dem nach Geschlechtern differenzierten Wahlrecht, das vor 1918 in Deutschland geherrscht habe. Dieser Gedanke kommt bereits in dem Aufruf des Volksbeauftragten zum Ausdruck, in dem es heisst: Jeder Wähler hat eine Stimme. Dass der Gesetzgeber, der die Verfassung geschaffen hat, es so aufgefasst hat, zeigt das Reichswahlgesetz, in dem sich dieselben Bestimmungen finden, die hier im preussischen Landeswahlrecht umkämpft sind. Da Reichsverfassung und Reichswahlgesetz von demselben Gesetzgeber, der Nationalversammlung, geschaffen worden ist, könne man nicht annehmen, dass er sich mit sich selbst in Widerspruch setzen wollte.

Sachlich haben daher die Beschlüsse über das Reichswahlgesetz, das überdies mit verfassungsändernder Mehrheit einstimmig angenommen worden sind, den Charakter einer authentischen Interpretation der Verfassung. Diese hat auch den Ländern die freie Bahn eröffnet, dem Reich auf diesem Wege zu folgen und ihre Landesgesetze genau so zu gestalten wie das Reichswahlgesetz.

+ + +

Mit der Frage der Rechtsgültigkeit des preussischen Landeswahlgesetzes wird sich auch am 17. Januar der Staatsgerichtshof beschäftigen.

SPD. Leipzig, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Reichsarbeitsgericht hatte am Mittwoch darüber zu entscheiden, ob Erben gegenüber dem Arbeitgeber Anspruch auf Urlaubsvergütung eines verstorbenen Arbeitnehmers haben. Das Reichsarbeitsgericht verneinte die Frage, da die Urlaubsvergütung eine höchst persönliche Angelegenheit des Arbeitnehmers sei und Urlaub gewährt würde zum Zwecke der Erholung und zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers. Sterbe der Arbeitnehmer, dann gehe der Anspruch nicht auf die Erben über.

Das Arbeitsgericht Elberfeld hatte am 3. Juli 1929 in dieser Sache gleichermassen entschieden.

SPD. London, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

In einem Interview erklärte Macdonald, dass die Vorbereitungen zur Seeabrüstungskonferenz gute Fortschritte gemacht hätten. Es beständen zwar noch kleinere Meinungsverschiedenheiten, aber sie seien nicht bedeutungsvoll genug, um eine Einigung zu verhindern. Er betrachte die Aussichten der Konferenz ausgesprochen optimistisch. Grossbritannien sei bereit, mit voller Zustimmung der britischen Admiralität Vorschläge zu unterbreiten, die auf eine bedeutende

Herabsetzung des Schiffsbauprogramms hinauskämen, ohne die Sicherheit des Reiches zu gefährden. Man müsste sich darüber klar sein, dass die Durchführung dieser Einschränkungen des Schiffsbauprogramms von dem Zustandekommen eines internationalen Abkommens abhängig sei.

SPD. Genf, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Völkerbundssekretariat tagt zurzeit ein Sachverständigenausschuss, der über die Möglichkeiten einer internationalen Getreideregulierung Auskunft geben soll. Von deutscher Seite nimmt der frühere Minister Hermes an den Beratungen teil.

Am Mittwoch nachmittag fand eine öffentliche Sitzung des Ausschusses statt die sich zu einer akademischen Auseinandersetzung über die Entwicklung und die Situation der Getreide-Produktion und des Getreidehandels gestaltete. Es ergab sich, dass die Interessen der Länder mit einer Getreide-Überproduktion und die Interessen der Länder, die Getreide einführen aber ihren einheimischen Getreideanbau unter allen Umständen auf dem inländischen Markt unterbringen wollen, wie z.B. die Schweiz, weit auseinandergehen, und dass eine internationale Getreideregulierung nur das Ziel einer langen Arbeit sein kann. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, dass der Völkerbund sich allen Konsumentenorganisationen und den Produzenten, z.B. den Konsumvereinen und den landwirtschaftlichen produktiven Genossenschaften zur Verfügung stellen solle, um direkte Beziehungen zwischen diesen beiden zu fördern.

Die Konferenz soll u.a. noch Richtlinien für internationale Massnahmen auf dem Getreidemarkt ausarbeiten.

SPD. Wien, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Ende Dezember wurden in Österreich nach einer amtlichen Mitteilung 226 587 unterstützte Arbeitslose gezählt. Dazu kommen 23 200 angemeldete Erwerbslose, die noch keine Unterstützung beziehen. Diese Ziffern bedeuten gegenüber der letzten Zählung am 15. Dezember eine Zunahme um 33 400 Personen.

Mit dieser katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt befasste sich am Mittwoch eine Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften, in deren Verlauf eine ganze Reihe von Forderungen an die Regierung aufgestellt wurden. Verlangt wird u.a. eine Beschleunigung der Bestellungen des Bundes und der Bundesbahnen, die Ausgestaltung der produktiven Erwerbslosenfürsorge und die Errichtung einer Kreditorganisation für Auslandsaufträge.

SPD. Die Intendanten-Krise an den preussischen Staatstheatern in Berlin ist am Mittwoch insofern gelöst worden, als Generalintendant Jessner auf die ihm in seinem bisherigen Verträge eingeräumten Rechte, soweit sie die Führung der Staatstheater betreffen, verzichtet und künftig ausschliesslich als Regisseur mit neu vereinbarten Bezügen tätig sein wird. Jessner bleibt ausserdem Leiter der Staatlichen Schauspielschule. Seine Verpflichtungen als Regisseur werden noch im einzelnen vertragsmässig festgelegt werden. Der Vertrag dürfte schon in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.

SPD. Köln, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen wurden wiederholt Nachrichten verbreitet, wonach der Kölner Oberbürgermeister den Plan verfolge, für Köln eine verfassungsmässige Sonderstellung zu erhalten. Köln soll danach aus der Provinzial-Verwaltung ausscheiden und eine selbständige Provinz, wie die Reichshauptstadt bilden. Köln wollte sich von der kommunalen Aufsicht des Regierungspräsidenten befreien und unmittelbar dem Oberpräsidenten unterstellt werden.

Dazu erklärt die Kölner Stadtverwaltung, dass von der Stadt Köln irgend ein Antrag bei der preussischen Regierung nicht gestellt worden sei. Es sei aber auch gar nicht daran zu denken, dass für Köln ein Sondergesetz geschaffen werde, wenn auch, wie es der preussische Städtetag wünsche, Städte von gewisser Grösse unmittelbar der kommunalen Aufsicht des Ministeriums des Innern oder doch zumindestens des Oberpräsidenten unterstellt werden sollen. Anlass zu den Alarmmeldungen seien lediglich die Eingemeindungspläne des Kölner Oberbürgermeisters.

SPD. Dem Cnemnitzer Beispiel folgend hat sich auch in der Zwickauer Stadtverordnetenversammlung eine Einheitsfront von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten gebildet. Die erste Leistung dieser Mehrheit war, dass sie der Sozialdemokratie als stärkste Fraktion entgegen dem parlamentarischen Brauch das Amt des Stadtverordnetenvorstehers vorenthielt.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gab dazu eine Erklärung ab, in der sie gegen den "Bruch aller parlamentarischen Gepflogenheiten" durch die bürgerliche Mehrheit protestiert und gleichzeitig feststellt, dass die kommunistische Fraktion auf Anweisung von Moskau ebenfalls die Wahl eines sozialdemokratischen Vorstehers verhindert habe. In Anbetracht der durch den Bürgerblock geschaffenen Situation lehne sie "eine weitere Mitwirkung an der Besetzung des Präsidiums ab, da sie es für unter ihrer Würde hält, mit Vertretern von Parteien zusammensitzen, deren Verhalten im schärfsten Widerspruch steht zu jeglichem parlamentarischen Anstand und zu allen demokratischen Grundsätzen."

SPD. Paris, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Eisenbahnunglück in Tunis hat nach den letzten Meldungen 25 Menschenleben gefordert. Bis Mittwoch-Abend waren 18 Leichen geborgen. Die Zahl der Schwerverletzten wird mit 30 angegeben. Davon befinden sich drei in Lebensgefahr.

SPD. Bukarest, 8. Januar (Eig. Bericht)

Die Bukarester Polizei hat bestimmte Nachrichten erhalten, dass der bekannte ungarische und seit Jahren in Moskau ansässige Kommunistenführer Bela Kun sich unter falschem Namen in Siebenbürgen aufhält. U.a. werden auch die Erwerbslosenunruhen in Temesvar auf die Tätigkeit Bela Kuns zurückgeführt.

SPD. London, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Wie es scheint, betrachten die britischen Behörden die gegenwärtige Ruhe in Palästina nur als vorübergehend. Es verlautet, dass in nächster Zeit 200 Polizisten in England rekrutiert und zum Zwecke der Verstärkung der in Palästina stationierten britischen Polizeitruppen ausgebildet werden sollen.

SPD, Weimar, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Der evangelische Pfarrer Düll in Ehrenheim, der im Verdacht steht, Gelder unterschlagen zu haben, ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Düll war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und kandidierte noch im Dezember des verflossenen Jahres für Hugenberg. Er betätigte sich dazu im Sinne des Stahlhelms und zeigte sich als eifriger Anhänger Hugenbergs.

Düll wird vorgeworfen, Pachtgelder von Pfarrländereien veruntreut zu haben. Ausserdem hat er seit über einem Jahre die von ihm vereinnahmten Kirchensteuern nicht abgeführt.

SPD, Leipzig, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei in Leipzig, Reichsgerichtsrat Feldmann, hat sein Amt niedergelegt. In einem Schreiben an den Parteivorstand von Leipzig-Stadt erklärt er, dass er sich zu seinem Rücktritt gezwungen sehe, weil er nicht in der Lage sei, die Politik Hugenbergs zu vertreten.

SPD, Hamburg, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

In Harburg-Wilhelmsburg wurde am Mittwoch ein neues Schulgebäude auf den Namen "Stresemann-Realgymnasium" und eine Festhalle auf den Namen "Friedrich-Ebert-Halle" getauft. Dem Festakt wohnten u. a. der Preussische Kultusminister Dr. Becker und der Oberpräsident von Hannover Noske sowie zahlreiche Vertreter von Behörden bei.

SPD. Der Stadtrat im Bezirksamt Berlin-Lichtenberg Max Preindel ist wegen verschiedener dienstwidriger Handlungen vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg seines Amtes enthoben worden.

Preindel wird vor allem vorgeworfen, wider besseres Wissen die Überschreitung der Baukosten für das Hallenbad in Berlin-Lichtenberg, das im Februar 1928 eröffnet wurde, dem Bezirksamt nur mit 166 000 Mark gemeldet zu haben, während der Betrag in Wirklichkeit um 57 000 Mark höher war. Preindel hat damals auf Grund der falschen Angaben eine Nachtragsforderung in Höhe von 166 000 Mark an die städtischen Körperschaften gerichtet, die schliesslich auch bewilligt wurde. Der vom Amt suspendierte Stadtrat wollte offenbar die Höhe der Überschreitungen möglichst niedrig erscheinen lassen und hat einen Stadtoberarchitekten zur Teilnahme an dieser Täuschung veranlasst.

Preindel gehört der Zentrumsparterie an!

Das Geheimnis des Zarewitsch.

SPD. Bagdad, Anfang Januar (Eig. Bericht)

Die Legenden, die sich an den Untergang und das Schicksal der russischen Zarenfamilie knüpfen, sind um eine neue höchst romantische Geschichte bereichert worden, um deren Aufklärung sich die hiesige Polizei und die hier lebenden russischen Emigranten mit grossem Eifer bemühen.

In Bagdad ist ein junger Mensch aufgetaucht, der beim Überschreiten der Grenze von der irakischen Polizei angehalten wurde. Bei seinem Verhör nannte er sich Alexei Nikolajewitsch Romanow und behauptet der rechtmässige Erbe des russischen Trons zu sein. Im Verlauf eingehender Befragungen, denen der angebliche Romanow von den Behörden mit Unterstützung von russischen Sachverständigen unterzogen worden ist, hat sich, wie die "Bagdad Times" berichten, in seinen Aussagen, die sich wie ein spannender Abenteuerroman anmuten, kein Widerspruch feststellen lassen, obwohl sie sich über einen Zeitraum von elf Jahren erstrecken. Alexei Nikolajewitsch Romanow macht nach den Angaben der Personen, die ihn gesehen haben, den Eindruck einer ernsthaften, ruhigen und zuverlässigen Persönlichkeit. Allerdings fehlt es auch nicht an Zweifeln, die in ihm einen russischen Flüchtling sehen, in dessen Kopf die Nöte eines langen und harten Exils eine fixe Idee erzeugt haben. Aber ob nun die Erzählung des angeblichen Tronprätendenten wahr oder falsch ist, sie ist jedenfalls ein Stück interessanter Zeitgeschichte und voll des düsteren Widerscheins von Blut, Not und Abenteuern, die der russische Umsturz in den Asien zugewandten Teilen Russlands geschaffen hat, und als menschliches Dokument für das Schicksal eines entwurzelten Russen der Widrigkeit wert.

Alexei Nikolajewitsch Romanow wurde von der irakischen Polizei an der Grenze von Kurdistan aufgegriffen, als er in Begleitung zweier russischer, eines deutschen, eines griechischen und eines armenischen Arbeiters den Versuch machte, das irakische Territorium ohne Pass zu überschreiten. Sofort nach seiner Verhaftung gab das Mitglied dieser international so bunt gemischten Truppe sofort an, der Sohn des ermordeten Zaren zu sein. Er behauptet, dass er vor dem Massakre seiner Familie von Anhängern als Bauer verkleidet aus dem Hause gebracht worden sei und zunächst mehrere Tage in einem Walde bei Ekaterinenburg versteckt war. Ein Bauer habe ihn darauf ein Jahr bei sich behalten, bis er von den Sowjetbehörden im Jahre 1920 unter dem Verdacht verhaftet worden sei, der Zarewitsch zu sein. Nachdem man in Ekaterinenburg durch Hunger und Tortur vergeblich versucht hatte, ein Geständnis von ihm zu erpressen, sei er nach Irkutsk überführt worden, von wo er mit Hilfe von unbekanntem Freunden im Juli 1921 entkommen sei. Der Flucht folgte ein abenteuerliches Vagabundieren in Begleitung des Sohnes eines ehemaligen russischen Generals, Modwenow, bis an die persische Grenze. Bei dem Versuch den Araxes zu durchschwimmen wurde sein Begleiter durch Schüsse der russischen Grenzposten getötet, während der des Schwimmens unkundige russische Kaspar Hauser an luftgefüllte Gummikissen geklammert das persische Ufer zu erreichen vermochte.

Von der persischen Grenzpolizei verhaftet, gab er den Namen seines getöteten Begleiters als den seinigen an und man schenkte seinen Angaben Glauben, dass er seinen in Teheran lebenden Vater aufsuchen wollte. Zuerst arbeitete er als Aufwäscher in einem armenischen Restaurant in Täbris, später in einer Betonfabrik in der Nähe der gleichen Stadt, wo er seine jetzigen Begleiter kennen lernte. Nach dem Irak ist er geflohen, weil ihm ein armenischer Priester, bei dem er gebeichtet hatte, erzählte, dass die Sowjetregierung von seiner Existenz Kenntnis bekommen hatte, ihn beobachten liess und sich bei Persien angeblich um seine Auslieferung bemühte. Alexei Romanow trägt die Geschichte seiner Odyssee in ruhiger, ungekünstelter Art vor, aber selbst, wenn seine Mitteilungen wahr sind, müssen seine geistigen Fähigkeiten doch bis zu einem gewissen Grade gelitten haben. Auffallend ist, dass er zwar Angaben über seine

Kindheit und das Leben am Zarenhofe machen kann aber dass er nur von der Existenz dreier Schwestern weiss und nicht im Stande war, eine Photographie der vierten russischen Kaisertochter, der Prinzessin Maria zu identifizieren.

Der angebliche Zarewitsch ist ein mittelgrosser, schwächlicher, bartloser junger Mann zwischen 23 - 26 Jahren und seine Manieren verraten eine gute Erziehung. Er ähnelt auch den Bildern des Zarewitsch, die in Bagdad aufzutreiben sind, sehr stark und es ist besonders bemerkenswert, dass er im Stande ist eine genaue medizinische Geschichte seines Unfalls zu geben, den er als Kind durch einen Sturz auf der kaiserlichen Yacht "Nordstern" erlitten hat.

In der hiesigen russischen Kolonie, die in der Hauptsache aus hohen Offizieren und Beamten des zaristischen Regimes besteht, hat das Erscheinen des Ex-Zarewitsch grosse Bewegung und lebhaftere Auseinandersetzungen hervorgerufen und die sonst so ruhige Niederlassung in zwei feindliche Lager gespalten, von denen das eine für und das andere wider die Echtheit Alexei Nikolajewitsch Romanows Partei nimmt. Der geheimnisvolle Ankömmling lebt augenblicklich als geehrter und verwöhnter Gast im Hause eines ehemaligen russischen Generals, der auf die Wahrheit der Geschichte felsenfest schwört. Die irakischen Behörden beabsichtigen dem Ankömmling keine Schwierigkeiten zu machen und ihn unbehelligt im Lande wohnen zu lassen, da sich verschiedene angesehene russische Persönlichkeiten für ihn verbürgt haben.

Politische Folgen wird das Wiederauftauchen des Überlebenden der Tragödie des Hauses Romanow auch dann kaum haben, wenn Alexei Romanow wirklich die Persönlichkeit ist, für die er sich ausgibt. Wahrer oder falscher Anwärter auf den Zarentron wird er wohl das Schicksal der meisten Tronprätendenten teilen, von treuen Anhängern als Reliquie entschwundener Macht und Herrlichkeit angebetet und bestenfalls von politischen Intriganten als Vorspann benutzt zu werden, um trotz allem bis an das Ende eines verpfuschten Lebens das Brot des Exils zu essen.

Terror des Rubels.

(Von unserem Korrespondenten)

SPD. Bukarest, 8. Januar (Eig. Bericht)

In den letzten Tagen haben Moskauer Drahtzieher wieder einmal versucht, friedfertige rumänische Arbeiter zu verhetzen und unter der Einwirkung ihrer Arbeitslosigkeit nicht nur vor die Feuerspritzen, sondern vor die Flintenläufe der Militärs und Gendarme zu jagen. Vor allem bildete die Industriestadt Temesvar im rumänischen Banate den Schauplatz regelrechter Strassenkämpfe. Die logische Folge einer Kette von vorhergegangenen Ereignissen, kein Zufall, wie man auf den ersten Blick glauben möchte, sondern ein System. Arbeiter gingen mit Stöcken, Eisenstangen, Latten und Messern bewaffnet auf die Strasse, stiessen mit der Polizei zusammen und schlugen sich gegenseitig blutig, bis die Menge, mit allerlei raffinierten und brutalen Mitteln zerstreut und ein kleiner Teil samt einigen Führern verhaftet wurde. Alles Ausserlichkeiten, öffentlich in Temesvar geschehene Dinge, die sich innerhalb einer knappen Stunde abspielten.

Hauptgrund war auch in Temesvar der mehr und mehr umsichgreifende Mangel an Arbeit und das verspätete Einsetzen der Hilfe durch Stadt und Staat. Dass die Arbeitslosigkeit in Rumänien im Winter 1929/30 viel grösser sein wird, als in den vergangenen Jahren, war mit aller Deutlichkeit vorauszusehen und es hätten aus diesem Grunde rechtzeitig weitgehende Massnahmen zur Eindämmung bzw. Milderung ergriffen werden müssen. Nicht nur in Temesvar, wo in den letzten Tagen die Arbeitslosigkeit einen bisher ungekannten Höhepunkt erreichte, sondern in ganz Rumänien. Aufgabe der Regierung Maniu, die sich im-

mer wieder und wieder "die erste demokratische Regierung Rumäniens" nennt, wäre es gewesen, hier mit einem leuchtenden Beispiele voranzugehen. Die rumänische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben hinsichtlich der Arbeitslosigkeit schon vor Monaten mit Vorschlägen an die Bukarester Regierung versucht, einen Fingerzeig für die zu treffenden Massnahmen zu geben. Eine Verwirklichung dieser Forderungen, die in den Weststaaten längst zur gesetzlichen Tatsache geworden sind, wäre auch in Rumänien mit etwas gutem Willen möglich gewesen. Die Regierung Maniu vergass jedoch wieder einmal, wie in letzter Zeit so häufig, ihre demokratischen Prinzipien und berief sich darauf, dass für die von der Sozialdemokratie unterbreiteten Vorschläge kein Geld vorhanden sei. Lediglich die Wiedereröffnung der Volksküchen konnten Sozialdemokraten und Gewerkschaften als Erfolg verzeichnen. Naturgemäss stieg von Tag zu Tag die Not der Arbeitslosen, kalte Wintertage taten das ihrige und es nahten jene Feiertage, von denen man vom Frieden auf Erden und von Nächstenliebe und von Glückseligkeit spricht.

In dieser Situation erschien Moskau auf der Bildfläche. Die Moskauer Zentralstellen erliessen an ihre Landesorganisationen den Befehl zu revolutionären Aktionen der Arbeitslosen. Da mit diesem Befehl, ähnlich wie nach Deutschland, zugleich nach Rumänien der Rubel in reichlichem Masse floss, fanden sich selbstverständlich auch Elemente, die die Führerschaft in der Aufpeitschung der Arbeitslosen übernahmen. Was ist leichter und verwerflicher, als die Verzweiflung notleidender und unzufriedener Menschen auszunützen?! Die kommunistischen "Einheitsgewerkschaften", die seit Monaten völlig untätig waren, traten plötzlich hervor, obwohl ihre Lokale längst gesperrt und versiegelt sind und das Auflösungsverfahren gegen sie eingeleitet ist. Lokale wurden gemietet, Sekretäre angestellt und bezahlte Emissäre an die Peripherie der Stadt, von Haus zu Haus geschickt, um die Arbeitslosen zu einer "dringenden" Sitzung in ein "Vereinslokal" einzuladen. Grossrednerische Versprechungen taten das ihrige, um die Masse zu bewegen, sich in die aufliegenden Arbeitslosenlisten einzutragen, und schliesslich durch dick und dünn mit den Anführern zu gehen. Die Temesvarer Behörden sahen diesem Treiben der Ultraradikalen vor der Öffentlichkeit mit wirklich für rumänische Verhältnisse staunenswerter Geduld zu. Sie liessen Drohungen über sich ergehen, die früher eine sofortige Verhaftung der Anführer zur Folge gehabt hätten und erlaubten Demonstrationen, die früher schon im Keime erstickt worden wären. Die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen trat immer mehr in den Hintergrund. Die Machtfrage der Moskauer Anführer beherrschte die Situation. Auf ihren Befehl marschier-
ten schliesslich etwa 2000 Mann aus dem Temesvarer Arbeiterviertel gegen das Stadtzentrum.

Der Zug rückte über die Alba-Julia-Strasse gegen das Bürgermeisteramt vor ungehindert von der Polizei, die mit einer derartigen Demonstrantenzahl nicht gerechnet hatte und nur mit schwachen Kräften ausgezogen war. Die Demonstranten waren ausnahmslos mit Knüppel usw. bewaffnet und marschier-
ten unter Schmäherufen gegen die Sicherheitsorgane zur Primaria. Inzwischen hatte die Polizei Verstärkung erhalten und da die Demonstranten Vorbereitungen zu Gewaltakten trafen, versuchten der inzwischen erschienene Präfekt, der Polizeipräsident und die Behördenvertreter, die Arbeitslosen zum Rückzuge zu veranlassen. Die kommunistischen Demonstranten drängten dennoch vor und schickten sich an, das Bürgermeisteramt zu stürmen. Polizei und Gendarmerie schritten ein. Jetzt kam es zu Tumulten, die zu Tötlichkeiten führten. Zehn Polizisten und ein Polizeihauptmann wurden verletzt. Erst der in Tätigkeit gesetzte Feuerwehr gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen. 85 Demonstranten wurden verhaftet, darunter mehrere Rädelsführer, die sich als Moskauer Kommunisten entpuppten. Moskauer Kommunisten, von Moskau bezahlt und instruiert, von Moskau geschickt, um harmlose Arbeiter vor die Bajonette der Polizei zu führen.

Aus aller Welt

58 Mal aus der Fürsorge entwichen!

Im Kriege verwahrlost. — "Mein Vater kann mir doch ooch nischt helfen."

SPD. Der Angeklagte Walter K. wurde am Mittwoch wegen schweren Einbruchs zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das nächste Mal wird die Strafe noch schwerer ausfallen. Wahrscheinlich werden noch viele nächste Male folgen.

Walter K. ist heute 21 Jahre alt. Durch seine Biographie zieht sich die schwarze Schicksalslinie des sozialen Unglücks. Sein Vater war im Kriege. Die Mütter fühlte keine Erzieherpflichten. Das Kind, an sich schon ohne starken moralischen Halt, verwahrloste vollkommen. Es kam in Fürsorgeerziehung. Und lief nicht weniger als 58 Mal weg....

Um die Biographie fertig zu machen: die Daten der Freizeit sind nicht durch Tugendtaten, sondern durch Diebereien markiert.

Der grösste Fall kommt nun vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur ausführlichen Verhandlung. K. ist beschuldigt, bei Bauersleuten, denen er diente, eine Kassette mit mehreren Hundert Mark erbrochen und das Geld gestohlen zu haben. Alle Augen, alle Indizien sprechen gegen ihn — mechanisch aber antwortet er stets nur: "War ick nich..."

Ein Zeuge bekundet, wie er zur verdächtigen Zeit das Hämmern des Angeklagten beobachtete. Der aber antwortet nur "Ick hab nischt beobachtet".

Der Richter schlägt vor, weniger patzig und dafür geständig zu sein und nach Verbüßung der im Falle eines Geständnisses leichten Strafe mit Hilfe des offenbar sehr ordentlichen Vaters ein anständiger Mensch zu werden. K. sagt nur: "Mein Vater kann mir doch ooch nischt helfen."

Der Vater spielte eine gewisse Rolle im Plädoyer des Medizinalrates Leppmann, der den jungen Mann auf seinen Geisteszustand untersucht hat, weil er sich im Gefängnis wie ein Tobsüchtiger benommen haben soll. Leppmann erzählt, dass Walter K. von dem Moment an körperlich und geistig aufgeblüht wäre, wo er häufigere Zusammenkünfte mit seinem Vater gehabt hätte. Er sei zwar schwach an Begabung, aber durchaus nicht so schwach an Gefühl.

Nun auf einmal wieder dieser Hass gegen die Gesellschaft? Auf einmal wieder dieses Misstrauen gegen den Vater?

K. hat das Vertrauen zur Welt und das Vertrauen zur Gesellschaft verloren. Denn er, der moralisch so wenig Starke, hat während der wichtigsten Jahre seiner Erziehung den Vater verloren: denn er war im Kriege. Ego.

+ + +

Die Hochzeit des Wunderrabbis.

7000 Gäste beim Fest des Siebzehnjährigen.

Mit der idyllischen Ruhe des Städtchens Nagykaroly (Rumänien) ist es seit einigen Tagen aus. Diese beachtenswerte Tatsache für einen Marktflecken, dessen Kenntnis bisher wohl kaum das Weltgeschehen erschütterte, hat ein Mann verschuldet, zu dessen amtlichen Gepflogenheiten es sonst keinesfalls gehört, die Menschheit aus ihrer Ruhe zu schrecken.

Der Mann, um den es sich handelt, ist der Wunderrabbi von Marmaroschzigst in Rumänien namens Divad Teitelbaum, der Spross einer alten Rabbinerfamilie, aus

deren Reihen schon zahlreiche Wunderrabbis hervorgegangen sind. Der Wunderrabbiner von Marmaroschziget ist im Grunde genommen noch ein halbes Kind, denn er hat erst vor wenigen Tagen sein siebzehntes Lebensjahr erreicht. Zu der hohen Würde eines Rabbiners ist der junge David Teitelbaum aus dem Grunde gekommen, weil sein Vater, der ebenfalls Wunderrabbiner war, vor einigen Monaten starb. Nun ist es bei den orthodoxen Juden Brauch, dass sich das "Wunderrabbinertum" von Vater auf den Sohn vererbt. Dem jungen Teitelbaum glaubt es übrigens kein Mensch, dass er erst siebzehn Lenze zählt, da er einen langen wallenden tief-schwarzen Bart trägt - das äussere Zeichen seiner Würde; auch die Schläfenlocken tragen dazu bei, dass man ihn für bedeutend älter hält.

David Teitelbaum hatte vor einigen Monaten die Tochter des Nagykarolyer Oberrabbiners Samuel Teitelbaum, die achtzehnjährige Rachel, kennen und lieben gelernt, die übrigens aus der gleichen Rabbinerdynastie stammt wie ihr Bräutigam. Da der Eheschliessung keine Hindernisse im Wege standen, wurde alsbald die Verlobung gefeiert und nun haben in Nagykaroly die Vermählungsfeierlichkeiten begonnen. In Rabbinerkreisen in Rumänien ist es Sitte, diese Feierlichkeiten, besonders wenn es sich noch um die Hochzeit eines Wunderrabbis handelt, so lange als nur irgend möglich herauszuziehen und ihnen besonderen Prunk und Glanz zu verleihen. Nicht nur für Nagykaroly, sondern auch für die ganze weite Umgebung ist die Hochzeit der beiden Teitelbäume, David und Rachel, ein Ereignis von grosser Bedeutung, von dem noch Kinder und Kindeskinde erzählten werden. So setzte denn auch ein Fremdenzustrom ein, wie man ihn in dem Flecken bisher nicht kannte. Fast siebentausend Gäste aus nah und fern müssen untergebracht werden. Die Hochzeitsfeierlichkeiten werden nicht weniger als volle acht Tage währen, und an dem eigentlichen Hochzeitsessen, das nach der Trauung im orthodoxen Tempel stattfindet, nehmen mehr als zweitausend Personen teil. In dem grossen Hofe des Hauses, das der Oberrabbiner bewohnt, wird für die Gäste gedeckt werden.

Für das junge Paar sind Hochzeitsgeschenke im Werte von drei Millionen Lei im Hause der Braut abgegeben. Zahlreiche Rabbiner aus Polen, der Bukowina, Oesterreich und sogar aus Deutschland sind in Nagykaroly eingetroffen.

+ + +

Jeder Berliner in drei Vereinen. Der Deutsche ist noch immer ein rechter Vereinsmeier. Geht man das Buch der Eingetragenen Vereine Berlins durch, so lässt sich errechnen, dass jeder Berliner drei- bis vierfaches Vereinsmitglied ist. Was es da alles gibt? Allein über 200 Familienvereine, ein Dutzend Kanaarienvogelvereine, einen Brieftaubenverein "Auf Wiedersehen", 18 Abstinenzvereine, einen "Schutzbund gegen Betrüger" und was sonst noch alles.

+ + +

475 Millionen Gespräche. Die Zahl der Berliner Telephonanschlüsse beläuft sich auf über eine halbe Million. Im vergangenen Jahre wurden 475 Millionen Ortsgespräche geführt, 28 Millionen mehr als im Vorjahr.

+ + +

Hygieneausstellung in Dresden. In Dresden soll Mitte Mai die zweite Internationale Hygieneausstellung eröffnet werden. Den Kern bildet das Deutsche Hygienemuseum, das seit kurzem fertiggestellt ist. Ausserdem werden besondere Bauten errichtet. Ausser zahlreichen industriellen Werken und einer grösseren Anzahl fremder Staaten, denen eine Halle der Nationen eingeräumt werden soll, haben die Hygieneabteilung des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitssamtes ihre Zusage erteilt. Die erste grosse Hygieneausstellung fand 1911 statt. Die von 1930 wird naturgemäss moderner, aber auch umfangreicher sein.

+ + +

Mord-Aufklärung nach zehn Jahren. Die Händlerin Alwine Lendler aus Erfurt ist im Juli 1920 der Polizei aus vermisst gemeldet worden. Nachforschungen nach ihr blieben ergebnislos. Jetzt, in den ersten Januartagen 1930, erschien auf den Erfurter Polizeipräsidium ein Angestellter der Blumengeschäftsinhaberin Fleming, in deren Auftrag er mitteilte, dass ihr Mann am 20. Juli 1920 den bisher unaufgeklärten Mord begangen habe. Fleming ist ein 44-jähriger Schulkastellan.

Auf die Anfrage an Frau Flemming, warum sie nicht selbst die schwerwiegende Meldung erstatte, erklärte sie, dass ihr Mann sie grundsätzlich am Ausgehen hindere, indem er ihre Kleider verstecke. Kriminalbeamte begaben sich daraufhin in die Wohnung der Frau Flemming, die hier die Angaben des Angestellten wiederholte. Flemming selbst bestritt jede Schuld. Er stellte die Behauptung auf, dass seine Frau ihn verleumde, weil sie ihn loswerden wolle. Er brach jedoch bald zusammen und gestand die Tat, als er seiner Frau gegenübergestellt wurde. Als Schulkastellan habe er sich mehrerer kleinerer Diebstähle schuldig gemacht, wobei er von der Händlerin Alwine Lendler beobachtet worden sei. Einmal habe ihm Frau Lendler Vorwürfe gemacht. Daraufhin habe er eine Schaufel ergriffen, die Händlerin totgeschlagen und die Leiche in der Waschküche verbrannt.

+ + +

Räuber im Auto. Zwischen Borstel und Sangenstedt in der Nähe von Lüneburg hatte der Gutsbesitzer Kröschel aus Winsen an der Luhe eine Autopanne. Als er ausgestiegen war, um den Wagen zu reparieren, hielt neben ihm ein anderes Auto, dem zwei Männer entstiegen, die ihn überfielen. Der eine stach ihn in den Rücken, der andere hielt ihm ein mit einer süsslich riechenden Flüssigkeit getränktes Tuch vor das Gesicht. Kröschel verlor das Bewusstsein. Als er nach einiger Zeit von anderen Kraftfahrern, noch mit dem Messer im Rücken, aufgefunden wurde, fehlte ihm die Brieftasche mit 350 Mark. Die Täter flüchteten in Richtung Lüneburg. Kröschel liegt schwerverletzt im Winsener Krankenhaus.

+ + +

Freitod im Freien. Auf dem Gustav Müllerplatz in Berlin-Schöneberg brach am Mittwoch Abend ächzend, stöhnend und sich in Krämpfen windend der 28 Jahre alte Apotheker Herbert Albrecht zusammen. Kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb er. Es wurde festgestellt, dass er sich mit Quecksilber vergiftet hat. Minderwertigkeitsgefühle und Brotsorgen scheinen die Motive des Dramas zu sein. Albrecht hatte in der Apotheke, in der er tätig war, des öfteren Differenzen mit seinem Chef und mit seinen Kollegen. Eine der letzten Auseinandersetzungen endete sogar mit einer grösseren Schlägerei, in der Albrecht schwer verprügelt wurde. Albrecht erstattete bei der Polizei Anzeige gegen seinen Chef wegen Lörperverletzung und Beleidigung. Da der junge Apotheker sich ausserdem Unregelmässigkeiten hatte zu Schulden kommen lassen, bedeutete ihm sein Chef, dass es besser wäre, wenn er sich nach einer anderen Stelle umsähe. Kaum waren diese Worte ausgesprochen, als Albrecht zu einer Quecksilber enthaltenden Glasröhre griff und den ganzen Inhalt auf einmal hinunter schluckte. Schreiend lief er dann auf die Strasse. Nach wenigen Metern brach der Unglückliche zusammen.

+ + +

Bei lebendigem Leibe geröstet. Eine 50jährige Bäckerfrau aus Poix in der Pyrenäen wollte sich das Leben nehmen, indem sie an dem Mast der elektrischen Hochspannungsleitung emporkletterte. Als sie die Leitungsdrähte berührt hatte, wurde sie nicht entsprechend ihrer Erwartung auf der Stelle getötet, sondern regelrecht geröstet. Ihr Sohn hörte ihre furchtbaren Schmerzensschreie, konnte aber nach zwei Stunden erst die Abstellung des Stromes erreichen. Die Frau lebte noch wand sich in entsetzlich schweren Brandwunden und starb erst nach einiger Zeit.

+ + +

Bayreuth in aller Welt. Die Bayreuther Festspiele dieses Jahres sollen durch den Sender London-Daventry übertragen werden. Auch Frankreich wird wahrscheinlich die Vorstellung übernehmen.

+ + +

Ein brennendes Bergwerk. Seit der Neujahrsnacht wütet in der Braunkohlenzeche "Roter Stollen" bei Kassel, einem der grössten kurhessischen Untertagebergwerke, ein Grossfeuer. Die Löscharbeiten sind dadurch erschwert, dass sämtliche Stollengänge von giftigen Gasen erfüllt sind.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Der Manteltarifstreit der Eisenbahner.

Eine Denkschrift der Gewerkschaften.

SPD. Die Verhandlungen zur Neugestaltung des Manteltarifs der Eisenbahnarbeiter mussten vor einigen Wochen infolge der unversöhnlichen Haltung der Reichsbahnvertreter abgebrochen werden. Die Tarifkontrahenten haben nunmehr dem Generaldirektor Dr. Dorpmüller eine Denkschrift überreicht, worin der Kampf um den Manteltarif sozusagen aktenmässig dargestellt und der Nachweis geführt wird, dass nur die systematischen Versuche der Reichsbahnhauptverwaltung Schuld daran sind, wenn die Verhandlungen bis jetzt zu keinem erspriesslichen Resultat geführt haben.

Die Manteltarifverhandlungen der Eisenbahner begannen zu Anfang 1927. Man sieht, der Kampf um die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse bei der Reichsbahn hat bereits seine Geschichte. Mit geradezu unendlicher Geduld haben die Gewerkschaften immer wieder in zähem und unermüdlichem Ringen eine Reform des Tarifs herbeizuführen versucht. Die eigentlichen Verhandlungen setzten im Juni 1927 in Freiburg ein. Im Jahre 1928 wurden in vier Verhandlungsperioden und zwar im März in Frankfurt, im Juni in Sassnitz, im August in Beuron und im Dezember in München die Beratungen fortgeführt. Im Februar 1929 sollten die Verhandlungen in München weitergehen. Die Reichsbahnhauptverwaltung machte aber plötzlich nicht mehr mit und spielte gegenüber den Gewerkschaften den trotzigen Schweiger. Nur dem unermüdlichen Drängen der Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass die Verhandlungen nicht völlig einschiefen. Die Reichsbahnhauptverwaltung probierte dann ein Einlullungsmanöver. Sie kam mit der Mitteilung, dass sie damit beschäftigt sei, einen Entwurf auszuarbeiten, in dem alle bereits behandelten Fragen in einem beiden Teilen Rechnung tragenden Sinn formuliert würden. Bei den Verhandlungen in Goslar zeigte sich jedoch sehr schnell, dass die Vertreter der Hauptverwaltung die bisherige Verhandlungsgrundlage im wesentlichen verlassen hatten, und dass im Entwurf eine ganze Reihe von Änderungen der bisherigen Tarifbestimmungen vorgenommen worden war, für die Abänderungsanträge von keiner der beiden Parteien gestellt waren. Es wurde ferner festgestellt, dass eine grosse Anzahl wesentlicher Abänderungsanträge der Organisationen, über die in den früheren Verhandlungen schon zu 90 % eine Verständigung herbeigeführt war, in den Formulierungen entweder gar nicht oder nur zum Teil berücksichtigt waren. Der Entwurf brachte eine Fülle von Mängeln, Verschlechterungen und Ungeheuerlichkeiten.

Ein paar Beispiele: Die Gewerkschaften hatten beantragt, die Scheuerfrauen künftig wieder dem Tarifvertrag zu unterstellen. Der Entwurf will davon nichts wissen. Er verschlechtert den gegenwärtigen Zustand; denn nach den bisherigen Tarifbestimmungen war immerhin noch strittig, ob nicht doch die Scheuerfrauen, die Betriebsanlagen wie Bahnsteige, Bahnhofstunnel und dergl. reinigen, dem Tarifvertrag unterstehen. Die Verwaltung will diese Arbeitskräfte rücksichtslos ausserhalb des Tarifvertrages stellen.

Die Organisationen hatten beantragt, die Zeitarbeiter bei der Bahnunterhaltung künftig mit den Tarifarbeitern gleichzustellen. Der Entwurf bringt hier kein Entgegenkommen. Für die Aushilfsarbeiter war nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen vorgesehen, sie künftig durch die amtlichen Vermittlungsstellen einzustellen wie die übrigen Arbeiter. Der Entwurf enthält darüber nichts. Dagegen sieht er vor, dass die Arbeiten der Zeitarbeiter in der Bahnunterhal-

tung auch noch drei Monate lang von Aushilfsarbeitern versehen werden können, sodass für die Beschäftigung von Zeitarbeitern tatsächlich eine Beschäftigungsmöglichkeit von einem Jahr und einem Monat gegeben wäre. Dabei haben aber die Vertreter der Hauptverwaltung nicht das geringste unternommen, um die Zeitarbeiter vor dem Begriff "Saisonarbeiter" gegenüber der Arbeitslosenversicherung zu schützen, sodass der Zeitarbeiter wohl nach den Wünschen der Hauptverwaltung 13 Monate beschäftigt werden kann, jedoch in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung als "Saisonarbeiter" geführt wird.

Ein Antrag auf Abänderung des Schichtlohns lag bei den bisherigen Verhandlungen von keiner der beiden Parteien vor. Der Schiedsspruch, der die Arbeitszeitverkürzung brachte, hat eine Veränderung des Schichtlohns nicht vorgesehen. Trotzdem zielt der Entwurf auf eine Kürzung der Schichtlöhne für einen Teil der Arbeiter auf 48,5 bzw. 51 Stunden in der Woche.

Für die Lohngruppeneinteilung sind von den Gewerkschaften der Hauptverwaltung die Anträge, abgesehen von den Lohngruppen, die den Beamtendienst betreffen, Mitte des Jahres 1928 unterbreitet worden. Praktisch betrachtet, ist über diese Anträge so gut wie noch garnicht verhandelt worden. Dessenungeachtet sieht der Entwurf eine Lohngruppeneinteilung vor, über die sich absolut nicht reden lässt. Die Lohngruppeneinteilung des Entwurfs sieht eine völlig unverständliche Niederstufung von Tätigkeitsgruppen vor. Der Entwurf beabsichtigt, schwere und schwerste Arbeit nicht nur um eine, sondern um mehrere Lohngruppen herabzustufen, sodass für eine grosse Anzahl Arbeiter eine Lohnreduzierung bis zu 12 Pfennig pro Stunde in Frage käme. Sämtliche Qualitätshandwerkerberufe will der Entwurf mit einem Federstrich beseitigen. Auch für den Beamten dienst sieht der Entwurf eine grosse Anzahl Niederstufungen vor, sodass zum Beispiel nur noch wenige Assistentendiensttuer den Lohn nach Lohngruppe III erhalten. Das Gros wird im Entwurf in die Lohngruppen IV und V zurückgestuft. Hierdurch tritt eine ungeheure Kürzung des Einkommens ein.

Das sind alles nur ein paar flüchtig herausgegriffene Beispiele aus der Kritik der Denkschrift. Die Organisation betont in der Denkschrift ausdrücklich dass niemand auf den Gedanken kommen dürfe, dass über ihre aufgeführten Beanstandungen hinaus keine weiteren Mängel in dem Entwurf vorhanden seien. Das Gegenteil sei der Fall.

Geht die Hauptverwaltung von ihrem Entwurf nicht ab und will sie auf der durch die Verhandlungen geschaffenen Grundlage nicht unmittelbar weiter beraten, dann werden sich die gewerkschaftlichen Tarifkontrahenten nicht mehr an den Verhandlungen beteiligen, und der bisher gültige Tarifvertrag muss mit all seinen Mängeln und Unklarheiten leider bis auf weiteres rechtsgültig bleiben.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Afabundes hat dieser Tage zu dem Entwurf für den Ausbau der Angestelltenversicherung, den der Reichsarbeitsminister kürzlich dem Reichstag vorgelegt hat, Stellung genommen und seine Änderungsvorschläge formuliert.

Der Bund geht in den Abschnitten der Vorlage, in denen Reichsregierung und Reichsrat nicht übereinstimmen, noch über die Vorschläge der Regierung hinaus. Er fordert, dass der Vorstand der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte künftig aus dem Vorsitzenden, bzw. seinen Stellvertretern als beamteten und 5 Vertretern der Versicherten sowie 3 Vertretern der Arbeitgeber als ehrenamtlichen Mitgliedern besteht. Der nach der Reichsverfassung garantierte massgebliche Einfluss der Versicherten soll auch bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates zum Ausdruck kommen. Der Afa-Bund verlangt, dass der Verwaltungsrat künftig aus 15 Vertretern der Versicherten und 9 Vertretern ihrer Arbeitgeber besteht. Er begrüsst, dass nach dem Versicherungsentwurf die Wahl zum Verwaltungsrat durch Urwahlen vollzogen werden soll. In Bezug auf das Dienstverhältnis der in der RfA tätigen Personen verlangt der Afa-Bund, dass die Geschäfte

der Reichsversicherungsanstalt durch Arbeitskräfte ausgeführt werden, die auf Privatdienstvertrag angestellt sind. Die Dienstbezüge der Beamten sind unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Reichsbeamten festzusetzen und durch eine Besoldungs- und Dienstordnung, die der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums erlässt, zu regeln. Die Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse der bei der RfA beschäftigten Angestellten und Arbeiter sind durch Tarifvertrag zu ordnen.

Der AfA-Bund wendet sich gegen den Teil des Entwurfes, der die Selbstverwaltung beengt durch die Forderung, dass der Haushalt der Reichsversicherungsanstalt künftig der Zustimmung der Reichsregierung bedarf. Den im Entwurf vorgesehenen Leistungsverbesserungen - so der Einführung der Elternrente, der Witwenrenten an die schuldlos geschiedene Ehefrau usw. - stimmt der AfA-Bund zu. Die Steigerungsbeiträge sind im Entwurf lediglich in feste Sätze umgewandelt. Eine Erhöhung über 15 % ist nicht vorgesehen. Der AfA-Bund wird sich mit allen Kräften für eine Erhöhung auf 20 % einsetzen und hofft im Parlament für diese Forderung eine Mehrheit zu finden. Führt ein Versicherter ein Heilverfahren durch und erhält er nach den Bestimmungen des Gesetzes Hausgeld, so soll dieses nach den Wünschen des AfA-Bundes verdoppelt werden, d.h. er soll statt 3 v.H. 6 v.H. der zuletzt entrichteten 5 Monatsbeiträge erhalten. Weiter verlangt der AfA-Bund, dass die im Entwurf vorgesehene Änderung des § 55 AVG betreffs Wiederaufleben der Anwartschaft, die eine Benachteiligung der versicherungspflichtig Beschäftigten bedeutet, so formuliert wird, dass für sie der bisherige Zustand erhalten bleibt d.h. die Anwartschaft auch dann wieder auflebt, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt und danach mindestens 24 Beitragsmonate zurückgelegt hat. Erneuert er das Versicherungsverhältnis durch freiwillige Beitragsleistung, so lebt die Anwartschaft nach Zurücklegung von mindestens 48 Beitragsmonaten wieder auf.

Schliesslich fordert der Bund über den Entwurf hinaus die Aufhebung der Jahresarbeitsverdienstrente und bei Ablehnung dieser Forderung ihre Festsetzung auf 12 000 Mark.

SPD. Der Zentralverband deutscher Grosshändler der Tabakbranche, Sitz Leipzig, versucht die Reichsregierung einzuschüchtern. Auf seine Veranlassung ist im Tabakgrosshandel hunderttausend Arbeitnehmern gekündigt worden. Die Aktion des Tabakgrosshandels ist durch die Neuregelung der Tabaksteuer veranlasst worden.

SPD. In der niederländischen Metallindustrie ist der tariflose Zustand, der Jahre lang herrschte, jetzt beendet worden. Die Mitglieder des Allgemeinen Niederländischen Metallarbeiterverbandes haben in Urabstimmung mit einer Mehrheit von 81 % aller Mitglieder den neuen Tarifvertragsentwurf für die Metallindustrie anerkannt. Die konfessionellen Verbände haben sich ebenfalls für die Annahme ausgesprochen. Der Tarif hat für 80 % der niederländischen Metallarbeiter Geltung.



Privatisierung der Reichsbank.

(Die Bedeutung des neuen Reichsbankstatuts.)

SPD. Das langgewahrte Geheimnis, was der von Dr. Schacht entscheidend beeinflusste vierköpfige Unterausschuss für die Anpassung des Reichsbankgesetzes an den Youngplan den Regierungen im Haag vorgeschlagen hat, ist jetzt enthüllt. Das Ergebnis ist für die deutsche Demokratie eine arge Zumutung und bedeutet die Privatisierung der Reichsbank, wenn nicht im Haag oder später auf dem Wege über die deutsche Gesetzgebung noch entscheidende Änderungen durchgesetzt werden. Rekapitulieren wir kurz! Die Vorschläge enthalten zwei Gruppen von Veränderungen gegenüber dem Zustand vom 30. August 1924:

1.) In der Reichsbankleitung: Der Reichsbankpräsident wird nach wie vor allein vom Generalrat gewählt und abberufen (nach wie vor auch auf 4 Jahre). Neu ist nur, dass das Reich durch den Reichspräsidenten endgültig, statt wie bisher aufschiebend die Wahl des Reichsbankpräsidenten beanstanden kann. Zur Ernennung des Reichsbankdirektoriums durch den Reichsbankpräsidenten (unverändert) tritt die Genehmigung durch den Reichspräsidenten hinzu (neu).

2.) Im Generalrat: Nach dem Ausscheiden der Ententevertreter aus dem Generalrat erhöht sich die Zahl der Generalratsmitglieder von 7 deutschen (einschliesslich des Reichsbankpräsidenten) auf 10 deutsche Mitglieder. Zu den bisherigen 7 wählt der Generalrat selbst - Bestätigung ist nur in der Generalversammlung erforderlich - drei weitere Mitglieder hinzu; dazu ist nur eine Fühlungnahme mit der Reichsregierung durch den Reichsbankpräsidenten erforderlich. Neu ist, dass auch in dauerndem Ruhestande befindliche Staatsbeamte und vom Staat sonst für frühere Dienstleistungen entschädigte Personen in den Generalrat gewählt werden können (man denke dabei z.B. an Herrn Dr. Luther).

Das ist alles!

Wenn man verstehen will, welche ungeheuer wichtige Dinge sich hier vollziehen wollen, muss man zweierlei beachten. Einmal, dass der Youngplan dem Reich die Souveränität auch gegenüber der Reichsbank wiedergibt, zum anderen das Verhältnis der Reichsbankleitung zur Reichsregierung, wie es von 1875 bis 1922, dem Zeitpunkt des ersten Eingriffs der Ententemächte in die Reichsbankverfassung, bestand.

Der Youngplan beseitigt den Notenkommissar, die ausländischen Delegierten aus dem Generalrat und die Eingriffsrechte des Reparationsagenten in die Diskontpolitik der Reichsbank. Die Beseitigung des ausländischen Einflusses ist vollkommen. Die Stabilität der Währung ist eine Hoheitsaufgabe des Reichs, das sie der Reichsbank übertragen kann. Das Reich zahlt an die Internationale Reparationsbank und die Reichsbank wird bei der Übermittlung nur als Kassensführer des Reichs, nicht als Stellvertreter des Reparationsagenten tätig sein. So ist die Wiederherstellung der Souveränität des Reichs auch in der Frage der Reichsbank vollkommen. Das bedeutet selbstverständlich das Recht des Reichs, bei der Anpassung der Reichsbank an den neuen Zustand die alten Hoheitsrechte des Reichs wieder aufzurichten.

Dazu muss man wissen, dass auch schon das Autonomiegesetz von 1922 ein unmittelbarer Ausfluss jeder reparationspolitischen Vergangenheit war, die durch den Youngplan liquidiert werden soll. Bis 1922 war Leiter der Reichsbank der

Reichskanzler. Der Reichsbankpräsident war lediglich sein Beauftragter. Dieser war dem Reichskanzler und über den Reichskanzler dem Parlament voll verantwortlich. Die besondere Kontrolle der Reichsbank hatte das Kuratorium der Reichsbank, das wiederum ausschliesslich vom Reich ernannt war; 2 Mitglieder vom Reichspräsidenten und 6 Mitglieder vom Reichsrat. Die "Wirtschaft" war ausschliesslich im Zentralausschuss und zwar nur beratend vertreten. 1922 konnte Deutschland einen Zahlungsaufschub nur unter der Bedingung erhalten, dass die Reichsbankleitung in der Spitze von der Reichsregierung getrennt wurde, d.h. die Geschäftsführung in der Reichsbank wurde autonom gemacht, nicht die Reichsbank selbst, denn das Kuratorium mit der absoluten Reichskontrolle blieb aufrecht erhalten. 1924 wollte der Dawesplan in der Reichsbank 2 Garantien verankert sehen: 1.) die Stabilität der Währung, darum der ausländische Notenkommisсар und der neue Generalrat mit seinen ausländischen Mitgliedern, 2.) die höchstmögliche Reparationsleistung, darum das Eingriffsrecht des Reparationsagenten in die Diskontpolitik. 1928 hat der Sachverständigenplan von Paris der seit 1922 (nicht seit 1924) errichteten Souveränitätsbeschränkung des Reiches gegenüber der Reichsbank grundsätzlich ein Ende gemacht. Die Begrenzung und Kommerzialisierung der Reparationsschuld (keine Pfänder, Zahlung auf Treu und Glauben) gibt auch dem Reich die Freiheit gegenüber der Reichsbank wieder.

Wie aber soll nach den Vorschlägen des Organisationskomitees (d.h. Dr. Schachts) die neue Reichsbankleitung und die Reichsbankkontrolle aussehen? Anstelle der Souveränität des Reiches tritt die Souveränität des Generalrats, gegen dessen Beschlüsse weder Reichstag noch Reichsregierung einen Einwand erheben dürfen; nur in einem einzigen Falle, der niemals praktisch werden wird, bei der Wahl des Reichsbankpräsidenten, darf das Staatshaupt protestieren. Der Generalrat, der jetzt neben Dr. Schacht aus 6 Grossbankiers besteht, und der durch Schacht noch durch Leute wie Duisberg, Thyssen oder Luther ergänzt werden kann, wird die alleinige Macht über die Politik der Reichsbank haben.

Dagegen ist die jetzige Diktatur Schachts ein Kinderspiel. Diese Regelung bedeutet praktisch die Diktatur des Finanzkapitals. Die Arbeiterschaft hat unmittelbar nach der Unterzeichnung des Youngplanes in Paris, in Berücksichtigung aller international erforderlichen psychologischen Zugeständnisse, Mindestforderungen zur Reform des Reichsbankgesetzes aufgestellt. Sie sehen die obligatorische Zustimmung des Reichspräsidenten zu der Wahl des Reichsbankpräsidenten, einen beratenden Reichskommisсар bei der Reichsbank, die Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Generalrat und eine stärkere Gewinnbeteiligung des Reiches vor. Diese Forderungen sind heute, nachdem die Vorschläge des Organisationskomitees nichts weniger als die Privatisierung der Reichsbank bedeuten, unzureichend. Die Reichsregierung muss stärker in der Aufsicht vertreten, das Reich entscheidend bei der Berufung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten beteiligt sein. Der Einfluss des Finanzkapitals im Generalrat muss auf ein für die Würde eines demokratischen Staatswesens erträgliches Mass zurückgedrängt werden. Ohne diese Änderungen wäre die Annahme der Vorschläge eine unerträgliche Macht- und Ansehenschädigung des republikanischen Staates.

SPD. Die französische Gummifabrik Michelin wird in Karlsruhe eine Fabrik errichten, die, wenn sie voll beschäftigt ist, zunächst über 1000 Arbeiter beschäftigt. Die Stadt Karlsruhe, die mit anderen rheinischen Städten in heftiger Konkurrenz stand, hat den Plan der französischen Fabrik dadurch begünstigt, dass sie ein entsprechendes Gelände zur Verfügung stellte.

Das Vorgehen der französischen Firma steht nicht vereinzelt da. Schon vor Jahren hat Dunlop in Hanau eine grosse Fabrik eröffnet und die Firma Englebert hat vor kurzem angekündigt, dass sie in Aachen eine Filiale errichten

wird. Diese Invasion hängt eng mit den Wandlungen der deutschen Reifenindustrie während der letzten Jahre zusammen. Mit Hilfe eines ziemlich hoch bemessenen Schutzzolls gelang es der deutschen Reifenindustrie, ihre Produktion zu verbessern, so dass die qualitative Überlegenheit der ausländischen Reifenfabriken, durch die sie jahrelang in Deutschland Überpreise erzielen konnte, nicht mehr vorhanden ist. Der deutschen Reifenindustrie gelang es dann auch, ihren Absatz in Deutschland stark zu steigern. Selbst im Export liegt eine Erhöhung der Verkaufsziffern vor. Der Zoll, den die deutsche Reifenindustrie bisher ausnutzte, hat damit auch seinen Sinn verloren. Das geht am besten daraus hervor, dass die deutsche Reifenindustrie sich in einer Zeit fallender Gummi- und Baumwollpreise an eine Preiserhöhung heranwagen konnte. Möglich war die Preiserhöhung auch deshalb, weil sich die Importeure ausländischer Reifen nach Deutschland verpflichtet haben, die deutschen Preise nicht zu unterbieten.

Die deutsche Reifenindustrie hat dann auch infolge der aufgezeigten Entwicklung im Jahre 1928/29 äusserst gut abgeschnitten. Für die ausländische Reifenindustrie ergab sich aber die Notwendigkeit, den deutschen Schutzzoll zu umgehen. Das tut sie eben durch Errichtung von Fabriken in Deutschland. Das Vorgehen von Michelin ist deshalb nur ein Glied in einer Kette von Konkurrenzkämpfen, deren Ende vorerst noch nicht abzusehen ist.

SPD. In der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung des Engelhardt-Konzerns, der auf einen erhöhten Bierabsatz 13 % verteilt, gab es eine Debatte wegen vergessener Gewinne. Die Dinge liegen so, dass dem Konzern ein Grundstück am Berliner Alexanderplatz gehört, das noch mit rund 450 000 Mark zu Buche steht. Um dieses Grundstück bewarben sich ein Warenhauskonzern und die Stadt Berlin. Käufer wurde die Stadt Berlin mit 10 Millionen Mark. Nach der Behauptung der Opponenten in der Generalversammlung bei Engelhardt sollen bei dem Verkauf an Mitglieder der Verwaltung Provisionen gezahlt worden sein, was aber durch Kommerzienrat Bodenheimer ganz energisch bestritten wurde. Die Opponenten fragten weiter, weshalb der Konzern in seiner Bilanz den Grundstücksgewinn nicht aufgeführt habe.

Nachdem der Leiter des Konzerns, Generaldirektor Nacher, zunächst jegliche Auskunft verweigerte, ergab sich aus Rede und Gegenrede ungefähr folgendes: Das in Frage kommende Grundstück gehörte einer Tochtergesellschaft des Engelhardt-Konzerns, der Hotelgesellschaft Alexanderplatz G.m.b.H. Das Kapital war einstmals ganz in Händen des Konzerns. Dann wurden Kapitalserhöhungen vorgenommen und zwar so, dass schliesslich die Mehrheit des Kapitals in Händen des Leiters des Engelhardt-Konzerns, des Generaldirektors Nacher, war. Hinsichtlich des Grundstücksverkaufs wurde erklärt, dass man die Gewinne in der nächsten Bilanz aufführen würde. Hoffen wir also das Beste. So wie die Dinge jetzt liegen, hat Generaldirektor Nacher erstmal den Löwenanteil von dem Grundstücksgeschäft weg.

SPD. Der Berliner Magistrat hat sich am Mittwoch für die Abhaltung der Bauausstellung 1931 erklärt, jedoch unter der Voraussetzung, dass Aufwendungen für irgendwelche Neubauten nicht erforderlich werden.

SPD. Die Concordia Bergbau A.-G. in Oberhausen setzt ihre Dividende für das verflossene Geschäftsjahr auf 6 % fest, Im Vorjahr fiel die Dividende aus.

Fast ohne inländisches Angebot.

(Getreidebörse vom 8. Januar)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse hatte sich am Mittwoch erheblich gebessert. Die festeren Meldungen aus dem Auslande wirkten anregend. Vor allem aber ist das inländische Angebot an Weizen und Roggen fast völlig vom Markte verschwunden. So konnten sich die Notierungen für effektives Getreide um 1 - 2 Mark befestigen und auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preissteigerungen festzustellen. Mehl wurde von der Bewegung noch nicht mitgezogen. Einige Umsätze in Roggenmehl fanden zu unveränderten Preisen statt, während Weizenmehl geschäftslos blieb. Für Hafer war bei reichlichem Angebot die Stimmung eher nachgebend.

	7. Januar (ab märkische Station)	8. Januar (Station in Mark)
Weizen	245 - 247	245 - 247
Roggen	162 - 163	161½ - 162½
Braugerste	185 - 201	185 - 201
Fütter- und Industrierogerste	165 - 173	165 - 173
Hafer	143 - 154	140 - 153
loco Mais Berlin	176 - 178	175
Weizenmehl	29,50-35,25	29,50-35,25
Roggenmehl	22,65-26,00	22,50-25,75
Weizenkleie	10,75-11,00	10,75-11,00
Roggenkleie	9,25- 9,75	9,25- 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 264-265½ (Vortag 262½), Mai 276-277½-276½ (273). Roggen März 183½-185-184 (182½), Mai 193-194 1/4 (193). Hafer März 158½-159 (158½), Mai 166.

SPD. Die amtliche Grosshandelsindexziffer macht für den Monat Dezember 134,3 aus (November 135,5). Es ist mithin eine Senkung um 0,9 % eingetreten. Über die Entwicklung des Grosshandelsindex im laufenden Jahr unterrichtet folgende Zusammenstellung:

	Durchschnitt 1927	Durchschnitt 1928 (1913 = 100)	I. Viertel- jahr 1929	Dezem- ber 29
Gesamtindex	137,6	140	139,3	134,3
Davon Agrarstoffe	137,8	134,3	133,1	126,2
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	131,9	134,1	134	129,3
Industrielle Fertigwaren				
a) Produktionsmittel	130,2	137	137,5	139,6
b) Konsumgüter	160,2	174,9	174	168,7

Durchweg ist eine Senkung zu verzeichnen, die sich aber nicht auf die Verbraucherpreise ausgewirkt hat.

SPD. Der seit Tagen zu beobachtende Preissturz für Butter hat sich am Mittwoch in Hamburg fortgesetzt. Die Preise für Markenbutter liegen gegenwärtig um 161 Mark gegenüber etwa 173 Mark in der Vorwoche. Bei den übrigen Sorten ist ein Preissturz auf 152 bis 158 Mark pro 50 kg festzustellen gegenüber 160 bis 171,50 Mark.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 8. Januar 1930.

Psychoanalyse durch Zufall.x

SPD. Die Psychoanalyse ist eine vielumstrittene Heilmethode unsrer Zeit. Während sie der "alte Schlag" meistens in Grund und Boden verdammt oder verächtlich über diese "Mache" spöttelt, wird sie von der "grünen Generation" fanatisch verteidigt und in alle Himmel gehoben. Ausser dieser vorurteilshaften und ungerechten Ablehnung einerseits und der blinden Verherrlichung andererseits gibt es aber auch eine Menge ernstzunehmender Beurteiler, die diesem überaus komplizierten Verfahren anerkennend gegenüberstehen. Worin besteht dieses nun?

Es gibt Erlebnisse, deren Intensität unser Verarbeitungsvermögen bei weitem übersteigt. Genau so, wie uns ein "schwerer Brocken" im Magen liegen bleibt und hier, unverdaut, eine Verstimmung verursacht, so bleibt manchmal auch ein Erlebnis oder der Rest eines solchen im - - - Unterbewusstsein liegen; besser gesagt: wird dorthin verdrängt, um hier, in unangreifbarer Verborgenheit mit uns "Schindluder zu treiben". Nur: dass in solchen Fällen weder Abführmittel noch ein Ausfasten helfen. Entweder wirft die Natur selbst diese schädlichen Ueberbleibsel aus, oder aber, bei psychisch nicht gesunder, instinktiverkümmerter Konstitution, muss der Kranke eben psychoanalytisch werden: der Psychoanalytiker dringt in das Bewusstsein und Unterbewusstsein des Kranken ein, um vergangene Erlebnisse, von denen er glaubt, dass sie den Grund für die Erkrankung bilden, hervorzuholen.

Meistens sind diese Erlebnisse, mit denen man nicht fertig werden konnte, in höchstem Affekt vor sich gegangen. Gelingt es nun, den Patienten durch das Heraufbeschwören der Vergangenheit in einen ähnlich intensiven Erregungszustand zu versetzen, so kann diese Prozedur Wunder wirken. (Man denke an den Parallelvorgang bei körperlichen Krankheiten, wo durch "Verfieberung" des gesamten Organismus Heilungen erzielt werden. Malariakur!) Freilich handelt es sich dann immer um eine "schwere Operation", die einen erstklassigen "Chirurgen" erfordert. Sonst: Wehe!!

Einer der grössten Chirurgen, den wir alle kennen, ist das Leben selbst. Wie es sich mitunter auch psychoanalytisch betätigt, will ich an den zwei folgenden, wahren Begebenheiten zeigen.

Die Zigeuneräpfel.

Irmgard war sechs Jahre alt, als sie plötzlich die Sprache verlor.

Eines Tages kam ihr Bruder mit einem grossen Papiersack voll knallroter "Zigeuneräpfel" nach Hause. Er schlich leise in das Kinderzimmer, wo sein Schwesterlein ahnungslos spielte, machte "Tschack" und liess den Sack zu Boden fallen. Das Papier riss, und die kleinen, roten Äpfel rollten im ganzen Zimmer herum. Irmgard schrie entsetzt auf und - - konnte von diesem Augenblick an nicht mehr sprechen.

Die unglücklichen Eltern hatten seither alles Mögliche versucht. Aber ohne Erfolg. Die Aerzte wussten keinen Rat. Jahre vergingen. Irmgard gedieh zwar gut, war ein kluges, lustiges Kind, nur sprechen konnte sie nicht.

Bis sich folgendes ereignete: das Mädchen spielte in der Küche bei der Mutter. Einmal klatschte es in die Hände und wies auf den Kasten, wo eine Schüssel mit roten Zigeuneräpfeln stand. Die Mutter fragte das Kind, ob es well-

che möchte. Irmgard zeigte ja. Der Zufall wollte es (ob es wohl wirklich Zufall war?), dass die Schlüssel der Mutter entglitt und auf den Boden fiel: und wieder rollten kleine, rote Äpfel im ganzen Zimmer umher!! Irmgards Gesicht verzerrte sich in jäher Angst -- sie schrie auf, genau wie damals, vor Jahren, und konnte wieder sprechen.

Später erzählte sie ihren übergelücklichen Eltern, dass sie den vergangenen Schreck wieder erlebt hätte, als sie die kollernden Äpfel erblickte.

Das Muttermal.

Diese Geschichte erzählte mir der Wärter einer Irrenanstalt.

Georg war mit siebzehn Jahren Zeuge, wie sein Vater von der Strassenbahn überfahren und getötet wurde. Der Geist des jungen Menschen war der Wucht dieses Erlebnisses nicht gewachsen und verfiel in vollständige Umnachtung. Georg musste in eine Anstalt gebracht werden. Tage und Nächte hindurch weinte er. Der Fall erschien hoffnungslos und wäre es wahrscheinlich auch gewesen, wenn Georg nicht ein furchtbar=heilendes Erlebnis in der Anstalt durchgemacht hätte. Ein Jahr nach seiner Erkrankung. An diesem Tage nämlich bekam er einen neuen Wärter (eben den oben erwähnten). Als dieser das Essen brachte, fuhr Georg plötzlich mit einem irrsinnigen Schrei auf, begann am ganzen Körper zu beben und rief, fortwährend die eine Hand seines Wärters anstarrend: "Vater!! Vater!!...."

Die Ärzte konnten nach diesem zunächst unerklärlichen Vorfall eine rasch fortschreitende Besserung und bald die vollständige Heilung des Patienten feststellen.

Des Rätsels Lösung war die: Georg hatte, als der Wärter das Zimmer betrat, plötzlich auf dessen einer Hand ein Muttermal erblickt, genau so eins, wie es sein Vater gehabt hatte. Im Nu war in ihm die Erinnerung an den furchtbaren Unglücksfall aufgestiegen. Er hatte den einen Arm seines Vaters unter dem Wagen wieder gesehen und so dieses entsetzliche Bild zum zweiten Mal, in wahn=sinnigem Affekt, durchlebt. Und dadurch wurde er geheilt.

Harald Spitzer.

Ich werde Mitglied im Fussballklub.x

SPD. Als ich neulich nach längerer Abwesenheit wieder einmal meinen literarischen Zirkel besuchte, bemerkte ich eine eminente Veränderung des Interessengebiets der Mitglieder. Man sprach nur noch von Weibern und Fussballspielern. Um nicht aufzufallen, gab auch ich meinen Beitrag zum Gesprächsthema. "Ja es ist natürlich immer eine riesige Sensation, die einmal literarisch ausgebeutet werden müsste, wenn bei einer Platzelf die Zerplatzenden..." Mein Gegenüber schien eben zerplatzen zu wollen, als ich merkte, dass ich mich riesig blamiert hatte. Ich wollte die Situation retten und erzählte einen Witz: "Wissen Sie, was ein Kreis=fuss ist?" Wie immer, wenn ich ein Rätsel aufgab, musste ich die Lösung selbst geben. "Ich habe neulich etwas gelesen von einer Kreisfussballmannschaft". Da ich das bekannte Gemecker erwartete, das immer dann ertönt, wenn ein Witz gefallen ist, lehnte ich den Kopf zurück, blies den Zigarrenrauch zur Decke - aber es blieb alles stumm. So stumm, als wenn ich in einer Heilsarmeeversammlung einen Seemannsfluch von vier Meter Länge von mir gegeben hätte. Ich hatte gewagt, über das Heiligtum der Zeit zu spotten.

Deshalb entschloss ich mich, auch ein Zeitgenosse zu werden und in einen Fussballklub einzutreten. "Wollen Sie aktiv oder passiv werden, Herr Squenz?"

"Zum Donnerwetter, natürlich aktiv. Ich gehe doch nicht nur zum Beitrag=zahlen in einen Verein."

Als ich am nächsten Mittwoch nachmittag auf den Sporplatz kam, spielte gerade eine Schulklasse. Höflich, wie ich nun einmal bin, stelle ich mich zur Seite, um abzuwarten. Der Lehrer war nicht da. Man merkte es an der musterhaf=

ten Ordnung, die in der Klasse herrschte. Einer stand am Torkasten, und die andern versuchten einen Ball in diesen Kasten zu treten. Was der Torwächter nicht immer zuließ. Wenn der Ball aber doch durch einen Zufall in den Kasten lief, schrien die anderen Jungen: "Faul"! Das kam mir sehr spassig vor. Der Lehrer kam, wie sich später herausstellte, überhaupt nie. Dann aber lief ein kleiner Junge auf mich zu, der sich als mein hoffnungsvoller Sohn entpuppte. Eben in die Sexta eingetreten. Er schien mich nicht zu kennen. "Sind Sie der neue Spieler, der in die 10. Mannschaft kommt." - "Erlaub mal, wie redest du mit deinem Vater?" Mein Sohn lächelte flüchtig. "Auf dem Sportplatz kennt man Vater und Mutter nicht." - Ich wollte etwas von Plagiat von einem Grösseren reden. Schon aber kam ein Ball von - wie mir schien, ungeheuren Dimensionen - auf mich zu. Jetzt gab es kein Zurück mehr.

Je mehr ich spielte, desto mehr schrie alles. "Faul, faul". Das gab mir Veranlassung, noch fleissiger zu spielen. Doch fand ich keine Anerkennung. Als der Schlusspfeiff des Schiedsrichters ertönte, war mein neuer Anzug mit einer Schicht überzogen, deren hauptsächlichste Bestandteile Staub und Schweiss waren. Mein Hut lag irgendwo zertrampelt. Uhr, Briefftasche und sonstige Kleinigkeiten wurden nie mehr gefunden. Wahrscheinlich ruhen sie einige Meter tief unter irgendeinem städtischen Schutthaufen. - Und, nicht zuletzt, einige meiner Knochen zeigten bedenkliche Risse.

Die Mühe meiner Aerzte wurde nach fünf Wochen belohnt. Als man mich aus dem Krankenhaus entlassen hatte, erhielt ich den Besuch einiger Mitglieder des Vorstandes. Man gratuliere mir von Herzen zu meiner Gesundheit (das alles sagte der Passierer), aber man sehe keine Möglichkeit mehr, mich in einer aktiven Mannschaft spielen zu lassen, da der Verein auf die Dauer die Kosten für meine Krankenhausbehandlung nicht aufbringen könne. So kam ich zu den Passiven. Drei Tage später lag auf meinem Schreibtisch eine Karte folgenden Inhalts: "Herr Peter Squenz wird aufgefordert, bei dem am nächsten Sonntag in Ballingen stattfindenden Wettspiel als passives Mitglied mitzuwirken. Anzug: Zivil, Spazierstock und Verbandszeug."

Am Sonntag fuhren elf aktive und 200 passive Vereinsmitglieder nach Ballingen. Versteht sich, im Sonderzug. Auf der Lokomotive stand gross mit Kreide geschrieben: "Dem Mächtigen hilft Gott" und "Mit uns der Sieg". Die Stadtkapelle gab uns das Geleit. Der Bürgermeister hielt eine Rede an seine Bürger, die hinausgezogen usw. Es war ergreifend schön. Ich hatte ganz das Bewusstsein, einer unter Vielen zu sein, die für irgendwem hinausgezogen. Weissgekleidete Jungfrauen stiegen Brötchen und Blicke austeilend im Zug umher. Meist hielten sie sich bei den elf Helden auf, die im Ersterklassenwagen die Polster auf den Boden gelegt hatten, um sich vor dem schweren Kampfe auszuruhen. "Heidisch bin ich ja nicht, aber warum fahren wir Passiven im Holzwagen und bekommen weniger Brötchen und Blicke von den im Wagen... (siehe oben)?"

In Ballingen war der Empfang weniger freundlich, als ich mir das vorgestellt hatte. Unsere 11 Helden wurden 500 m vor dem Bahnhof ausgeladen. Warum, wurde mir erst klar, als mir ein Ballinger einen nicht unbeträchtlichen eichenen Spazierstock vor die Nase hielt und mich ohne weitere Förmlichkeiten mit Du anredete. Was er sonst noch sagte, verschweige ich lieber. Ich merkte, dass wir im Feindesland waren.

Auf dem Ballinger Sportplatz waren eine Menge Menschen beisammen. Ich hätte nicht gedacht, dass es so viele Ballinger gibt. Mitten auf dem Platze schüttelten sich ein Ballinger und einer von den unsern die Hände. Jeder zog dabei das linke Bein hoch und lächelte wie beim Photographieren. Diese deutliche Gefühlskälte unten und die Gefühlswärme oben gab mir zu denken. Dann ging's los. Ich verstehe ja nicht viel von der Sache und wollte diese Gelegenheit benützen, um meine Bildungslücken auszufüllen. Da, wo ein Klumpen von Menschen sich um den Ball versammelte, war auch immer der Mann mit der Pfeife. Einmal erlaubte er sich zu pfeifen. Sofort flogen ein paar faule Eier und sonstige Küchenabfälle um ihn

herum, dass er das Feiern aufgab. Zuletzt merkte ich, dass immer einer den Ball fortstieß, was dann der andere nicht zulassen wollte. Dies neckische Spiel ging so lange hin und her, bis sie alle beide am Boden lagen und sich beschimpften. Ich finde, wenn man so umeinander rennt, soll man sich nicht beschimpfen, wenn man auf den Boden fällt. Ein solcher Unglücksfall ist doch vorauszusehen.

Als wieder der Ball zwei Kämpfer umwarf, sagte ich halblaut vor mich hin: "Aufpassen! Wenn der Ball kommt, weicht man aus". Aber da standen schon zwei handfeste Männer neben mir und erklärten unter deutlichem Hinweis auf ihres Muskeln: "Antipathiekundgebungen sind auf dem Platze nicht erlaubt." - "Ja, warum schreien dann die Ballinger so?" sagte ich so leise vor mich hin, dass es schon mehr gedacht war. Denn die Männer mit den starken Armmuskeln hatten sich rechts und links von mir aufgestellt. Was kann man gegen die rohe Gewalt machen. Aber was kommen musste, blieb doch nicht aus. Plötzlich schrien unsere andern 199 Passiven "Hurra". Ich schrie mit, und schon packten mich die handfesten Kerle. Dann nahmen sie einen Fussball und schlugen so lange auf mich zu, bis ich die Luft ausgegangen war. In der Zwischenzeit war auch mir die Luft ausgegangen.

Ich kam erst wieder zu mir, als der Bürgermeister mit einer Träne der Rührung mir die Hand drückte. "Auch Sie... Herr Squenz, haben dazu beigetragen, dass der Ruhm unserer Stadt..." Da stellte ich mich tot, und der Herr Bürgermeister war froh, dass er seine Rede nicht fortsetzen musste, weil er sein Konzept zu Hause hatte liegen lassen.

Albert Ansmann.

Nur ein Neger.x

SPD. Die Geschichte der menschlichen Dummheit ist noch nicht geschrieben worden. Eins der lehrreichsten Kapitel aus der Neuzeit in diesem gewiss interessanten Buche wäre ohne Zweifel die Lebensgeschichte eines Antwerpener Neger, dessen tragisches Ende ein bezeichnendes Schlaglicht auf die belgischen und amerikanischen Justizmethode wirft.

Im vorigen Winter wurde in einer Matrosenschenke am Hafen von Antwerpen eine Frau auf geheimnisvolle Weise ermordet. Die Tat geschah um elf Uhr abends, und schon am andern Morgen um zehn Uhr traf die Polizei mit der in Belgien gewohnten Schnelligkeit an Ort und Stelle ein, um die Verfolgung des Mörders aufzunehmen. Sie verlief natürlich resultatlos. Sämtliche Zeugen hatten sich aus dem Staube gemacht. Nur fünf Matrosen lagen in traumseliger Stimmung sternengelbetrunken in traurem Beisammensein neben der Leiche am Boden. Man brachte die Seebären auf die Polizeipräfektur. Sie waren jedoch an dem Morde völlig unbeteiligt gewesen und mussten daher, nachdem sie ihren Rausch ausgeschlafen hatten, wieder auf freien Fuss gesetzt werden.

Im Verlaufe von zwei Tagen kehrte dem einen der verhafteten Matrosen, einem Dänen, die Erinnerung wieder, und er berichtete, dass ein riesenhafter Neger zuletzt mit der Frau getanzt habe. Die Polizei schloss aus diesem Hinweis mit haarscharfer Logik, dass selbstverständlich nur dieser Neger als Täter in Frage käme. Und wenn er es nicht gewesen war, dann musste natürlich ein anderer Neger der Mörder sein, so folgerte die Antwerpener Kriminalpolizei. Man verhaftete daher zur Sicherheit sämtliche in der Stadt anzutreffenden Neger, soweit sie nicht vorher das Weite gesucht hatten. Innerhalb eines Tages glich das Untersuchungsgefängnis einem Urwaldvorort des schwarzen Erdteils. Es wimmelt von Negern, über hundert an der Zahl, die alle über ihr Tun und Lassen während der letzten Tage Rechenschaft abzulegen hatten. Dem Untersuchungsrichter wurde schliesslich die Sache zu bunt, und er erinnerte sich rechtzeitig der Angabe des dänischen Matrosen, dass der betreffende Neger ein Mann von riesenhaftem

Wuchs gewesen sei. Alle Neger von kleiner Statur wurden daher kurzerhand auf freien Fuss gesetzt. Es blieb aber immer noch ein gutes Dutzend verdächtiger schwarzer Riesen übrig. Man schritt also zu einer neuen Auslese. Man liess die Neger tanzen. Sämtliche Nichttänzer wurden entlassen. Sieben schwarze Liebhaber der Muse Terpsychore blieben übrig. Unter ihnen musste nach Annahme der belgischen Behörden der Schuldige sein. Aber alle leugneten auf das energischste die Tat. Zwei Neger konnten ein Alibi erbringen. Es blieben nur noch fünf übrig. Nach einer nochmaligen Sichtung wurden nach und nach weitere vier, die zur Zeit des Mordes noch garnicht in Antwerpen gewesen waren, auf freien Fuss gesetzt. Den letzten armen Teufel behielt man. Der gesuchte Mörder war gefunden.

Da stellte sich jedoch heraus, dass dieser Schwarze amerikanischer Staatsbürger war. Der Konsul der Vereinigten Staaten interessierte sich für die sonderbaren Justizmethoden der Antwerpener Behörden, legte Beschwerde bei der belgischen Regierung ein und erreichte es schliesslich, dass sein Schützling den Mauern des Gefängnisses enttrinnen konnte.

Nun waren keine Neger mehr da, und die Antwerpener Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein. Die Leidensgeschichte des letzten Negers war damit aber noch keineswegs beendet. Im Gegenteil, sie fing jetzt erst an. Er kam auf den unglückseligen, allerdings naheliegenden Gedanken, Antwerpen, die Stadt des Unheils, sobald als möglich zu verlassen. Das erste beste Schiff benutzte er, um in seine Heimat zurückzukehren, in die Vereinigten Staaten, deren Vertreter er seine Freiheit zu verdanken hatte.

In der kleinen Stadt im Westen der USA., die der Neger nun aufsuchte, hatte man unglücklicherweise schon von dem Vorfall in Belgien gehört. Als der Neger den Zug verliess, erwartete ihn auf dem Bahnhof eine nach Hunderten zählende Menschenmenge. "Er hat eine Weisse ermordet!" schrie man, "an die Laterne mit ihm!" - Der Pöbel tobte und schrie; das Zugpersonal war machtlos. Man ergriff den armen Neger von Antwerpen und hängte ihn ohne viel Federlesens auf.

Diesmal kümmerte sich keine amerikanische Behörde um ihn. Die Polizei sah dem Lynchgericht tatenlos zu. Der Fall war wenig interessant. Es war ja auch nur ein Neger!

B.M.V.

Das "Kapital" im Film.x

SPD. Der belgische Sozialistenführer Emil van der Velde macht in der "Dépêche de Toulouse" bedeutsame Ausführungen über den Plan des bekannten russischen Filmregisseurs Eisenstein, das "Kapital" von Karl Marx zu verfilmen.

"Selbst als Anhänger des bisherigen Films", schreibt van der Velde u.a., "kann man sich sehr wohl ein Filmwerk denken, das die Tragik der Industrialisierung, das Elend der Kinderarbeit darstellt, das zeigt, wie die Frauen in den Gruben unter Tag schufteten, wie die Proletarierhaufen die ersten Maschinen stürmen usw.; dann, trotz dieser Unterdrückung und instinkthaften Abwehr der Vormarsch der Maschine, die gigantische Vertrustung des Unternehmertums, die grossen Generalstreiks, die erste internationale Verbrüderung, die Barrikaden der Pariser Kommune - und weiter, als Ausgang, wie in dem Ritt am Schluss des schönen Films von Inkischinoff "Sturm über Asien", der symbolische Aufbruch der revolutionären Arbeiter.

Was Eisenstein will, ist: die abstrakte Ideologie, den dialektischen Gehalt Marxscher Gedankengänge szenisch darzustellen, ist nicht mehr und nicht weniger als, den Gedankenfilm zu schaffen, die Synthese aus Gefühls-, Tatsachen- und abstraktem Film. Ich erlaube mir nicht, die Behauptung anzuzweifeln, dass der Film, so verstanden, allein berufen und befähigt sei, in die grosse Masse alte und

neue Vorstellungen und Ideen zu tragen. Aber bevor ich urteile, möchte ich sehen. Ich wünschte, dass der sehr grosse Künstler Eisenstein seiner Theorie bald das Werk folgen lasse."

Der Fälscherprozess.x

Wer liefert die schönsten Tscherwonzen?
Die liefert Herr Karumidse.
Er braucht nicht Gewehr und Geschütze,
Er schleudert die Sowjetbonzen
Bequemer von ihrem Sitze.

Die Nationalisten von heute,
Die sind nicht für Blut und für Leichen,
Das sind alles bessere Leute,
Denen macht die Revolte nur Freude
Im Zeichen der Wasserzeichen!

Das georgische Volk über alles!
Und kann man Georgien nicht retten
Mit Klischees und mit Falschgeldvignetten,
So können von ihrem Dalles
Die Retter sich wenigstens retten.

Jodok.

SPD. Wenn Kohle und Oel verbraucht sind!x Die Techniker machen immer neue Vorschläge, wie spätere Geschlechter sich behelfen sollen, wenn die Kohle und die Erdöle verbraucht sein werden, die uns heut so viele unentbehrliche Kräfte liefern. Französische Gelehrte versprechen sich viel von der Ausnutzung der natürlichen Wärme des Meeres. In den südlichen Gegenden ist die See an der Oberfläche ständig 20 bis 30 Grad warm, und wenn dies auch keine Dampfkesseltemperaturen bedeutet, so kann man doch brauchbare Dämpfe erzeugen, wenn man Gefässe mit leicht siedenden Flüssigkeiten in Wasser der tropischen See hängt. Freilich sind die nötigen Anlagen etwas teuer: aber man wird später sicherlich noch mit ganz anderen Unbequemlichkeiten fertig werden.

SPD. Der Snob.x Ein etwas aufdringlicher Verehrer sagte einst zu dem englischen Maler Whistler: "Ich bin heute morgen mehrere Male an Ihrem Hause vorbeigegangen, Mr. Whistler." Der Maler drückte ihm warm die Hand: "Herzlichen Dank!"

SPD. Der Kriegslieferant.x Radetzky's Wagenrad brach in der Nähe des Landgutes eines Kriegslieferanten, der mit seinen Schiebungen schwere Gelder verdien hatte. Aergerlich begab sich Radetzky in das Gut, da ihm nichts anderes übrig blieb, bis der Schaden repariert war, und fragte nach dem Lieferanten:
"Er nimmt eben ein Bad" sagte ein Diener.
"Der Kerl muss doch immer irgendwas nehmen", schimpfte Radetzky.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

2)

SFD. Am Ende der Kolonne, in der vorletzten Rotte, sass Pearson allein. Die Zügel zweier Pferde waren um seinen rechten Arm geschlungen; er hatte den Befehl bekommen, die Charge des gefallenen Offiziers zur Hand zu nehmen. Der Unteroffizier hatte so getan, als bedeute das eine Ehre für ihn...! Blödsinn! Der dämliche Hund! Warum nahm er den Gaul nicht selber? Es war schon schlimm genug, den eigenen Schwadröner zu reiten, der immerfort zackelte, auch wenn Schritt kommandiert war....

Sein Hals war trocken wie Pergament und schmerzte, sein Mund klebte voll Sand, seine Zunge verweigerte den Dienst. Er versuchte seine gesunkenen Schultern zu heben, aber das Gewicht und die Härte des gefüllten Patronengurtes schienen plötzlich in unerträglicher Weise zugenommen zu haben, so dass er trotz der Hitze wünschte, sein Uniformrock möge lieber über seinem Hemd sitzen, als sich wie alle anderen bei der Regimentsbagage zu befinden.

Behutsam tastete er nach der Feldflasche und sah sich vorsichtig um. Keine der anderen... wie kriegten sie das nur fertig... Seine Hand fühlte das Gewicht des stoffbezogenen Behälters, dessen Liederriemen und Metallpfropfen ihm die Finger verbrannten. Die Flasche war leicht - zu leicht; er hätte sie nicht so oft ansetzen sollen - bald würde sie leer sein.

Na, die Zukunft würde für sich selber sorgen. Er schwang die Flasche vor sich hin; in diesem Augenblick aber trat der Charger zur Seite und zog mit den Zügeln an seinem rechten Arm.

"Steh doch!" jammerte Pearson und riss ihn ins Maul. Mit beiden Händen fasste er die Flasche und wollte den Pfropfen herausziehen.

"Pearson!" tönte die Stimme des Sergeanten.

"Herr Sergeant?" Er kam schnell auf die Füsse und liess die Flasche an ihren Platz an seiner Hüfte zurückgleiten.

Der Sergeant sah ihn an und wog die Flasche in der Hand.

"Sind Sie verrückt, Pearson!"

"Z! Befehl, Herr Sergeant!"

"Binden Sie sie ab und geben Sie sie mir."

Der kleine Mann zögerte; er würde, dessen war er gewiss, lieber dem Befehl gefolgt sein, sich einen Finger abzuschneiden.

"Keine Angst! Ich werde sie nicht austrinken. Dafür werden Sie heute nach mehr haben."

"Jawohl, Herr Sergeant." Er liess den Riemen von seiner Schulter gleiten und hielt die Flasche hin; der Sergeant nahm sie an sich und ging weiter.

Zu Cook und MacKay, den Unzertrennlichen, kam er als den letzten. Cook hielt im Sitzen zwei Karabiner in einem seiner mächtigen Arme, auf dem undeutlich durch den festgewordenen Staub, die rohen Farben einer eintätowierten Schlagge sichtbar wurden. MacKay stand bei den Pferden. Er wischte mit einem sehr kleinen Stückchen Schwamm, das er aus seiner Feldflasche angefeuchtet hatte, den härtesten Schmutz aus den Nüstern seines Braunen.

Der Sergeant sah ihm zu. MacKay warf die Zügel von Cooks Rappen über seinen Arm und öffnete mit beiden freien Händen das Maul seines Pferdes, das er sorgfältig, Zahnfleisch, Zunge und Gaumen, mit dem feuchten Schwamm abrieb. Dann liess er den Unterkiefer los; der Braune stiess seinen Kopf gegen des Mannes Schulter und liess dann seine Lippen liebkosend an MacKays Ohr spielen.

"Du grosses Kind!" sagte MacKay gutmütig und wandte sich zu Cook um.

"Maat", fuhr er fort und hielt den Schwamm hin, "gib deinem auch einen Tropfen aus der Flasche."

"Mhm", sagte Cook, nahm den Schwamm, hielt ihn an den Flaschenhals und göss

Wasser über ihn.

MacKay wiederholte sein Werk am Rappen. Als er fertig war, sprach der Sergeant ihn an:

"Das macht sie munter."

"Gewiss." MacKay nahm seinen Karabiner aus Cooks Arm, hing ihn am Gurt über seine Schulter und sah die beiden Pferde genau an, deren Haltung bedeutend frischer als die der anderen war. Zwar liessen auch sie die Köpfe hängen, aber doch nicht in äusserster Ermüdung. Sie machten wenigstens nicht den Eindruck, als wollten sie sich in den Sand werfen. "Gewiss", wiederholte MacKay, "wenn bloss noch mehr richtige Soldaten hier wären, dann würden alle Gäule so sein." Er schob den Tropenhelm zurück und wischte sich mit dem Unterarm den Schweiß von der Stirn; dabei kam an den Schläfen weisses Haar zum Vorschein, und unter seinen rotgeäderten Augen trat ein dichtes Netz von Falten zutage. "Das würden sie auch, wenn ich im Kommando wäre", fügte er hinzu.

Der Sergeant lächelte. "Schon gut, Jock", meinte er. MacKay hatte seine Privilegien. Früher, als er die Hälfte seiner 25jährigen Vorkriegszeit zurückgelegt hatte, war er Wachtmeister gewesen; aber der Whisky hatte ihn erst allmählich, dann im schnellen Rutsch wieder heruntergebracht. Er nahm den Abschied als Gemeiner, und als Gemeiner meldete er sich wieder, als der Krieg ausbrach. Viele Beförderungsangebote hatte er standhaft ausgeschlagen.

"Was ist gut?" fragte er.

Der Sergeant lachte. "Die Sache mit den Pferden. Beim nächsten Halt werden sie getränkt. Ich möchte, dass Sie das übernehmen, MacKay. Jedes höchstens einen Drittel Eimer; die rechten Wassersäcke dürfen wir noch nicht anbrechen, Verstanden?"

MacKay nickte.

"Aber zuerst lassen Sie ein bisschen aus dem Sack in den Eimer und geben es herum. Vor dem Saufen müssen sie alle mit dem Schwamm ausgewischt werden."

"Befehl".

"Schön. Fangen Sie sofort an, wenn wir das nächstemal halten." Der Sergeant drehte sich auf dem Absatz herum und ging zurück, dahin, wo Morelli sein Pferd hielt.

Die Patrouille sass auf und ritt ab. Es war früher Nachmittag und die Sonne wurde mit jeder Minute unerträglicher. Sie trabten, und jeder der 48 Hufe liess eine graue, leichte, aber steinige Staubwolke aufsteigen. Sie flogen hoch, vereinigten sich miteinander, bis um jede Rotte in steter Begleitung ein früher Schleier hing, in dem das Sehen schwierig, das Sprechen unmöglich, und das Leben eine greuliche Last war. Der graue Staub hing an ihrer Haut, ihrem Haar, ihren Kleidern; Pferde und Menschen glichen schmutzigen, schwitzenden Gespenstern.

Drittes Kapitel.

Zuerst sahen sie es zwischen drei und vier Uhr nachmittags. "Bell". Der Sergeant deutete nach rechts vorwärts. "Sehen Sie das da - da drüben?"

Bell richtete sich im Sattel auf und spähte aus.

"Ich sehe was - oder glaube, ich kann was sehen. Sicher bin ich nicht." Er rieb mit dem staubbedeckten Handrücken seine schmerzenden Augen. "Da ist doch weiss Gatt irgend was zu sehen!" rief er dann.

Der Sergeant drehte sich um. Er rief Pearson, der jetzt mit dem Charger als erste Rotte ritt, zu: "Brown soll kommen!"

"Brown!" Der Ruf stieg auf, wurde wiederholt, und der Gerufene galoppierte an der schrittreitenden Kolonne vorbei.

"Brown", sagte der Sergeant, "Sie haben gute Augen; was machen Sie aus dem Ding da vorne?" Er zeigte wieder vorwärts.

(Fortsetzung folgt.)